

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 60.— M., monatlich 20.— M.,  
inkl. ins Haus, voraus zahlbar. Halb-  
jährlich 120.— M., einjährlich 240.— M.,  
einschl. Postgebühren. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, das Saar- und  
Schlesiengebiet, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Luxemburg 54.— M., für  
das übrige Ausland 72.— M. Post-  
gebühren nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tscheco-Slawakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Woll und Fett“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erschätet wochentlich zweimal, Son-  
tags und Feiertags einmal.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die je nach gehaltenen Remontragezeit  
betragt 7.— M. „Kleine Anzeigen“  
das istgedruckte Wort 3.— M. (zu-  
wählig zwei seitgedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 1.50 M. Stellenanzeigen  
und Schloßstellenanzeigen das erste  
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort  
1.— M. Marie über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Zelle 4.— M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Zerlegungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gebühret  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 30. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Der Eisenbahnerstreik greift um sich.

Auch Berlin für den Streik.

### Die Ursachen der Bewegung.

Vom Vorstand des Deutschen Eisenbahner-  
verbandes wird uns geschrieben:

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bewegt  
sich seit Mittwochmittag eine Streikwelle in östlicher Rich-  
tung weiter, die, wenn diese Zeilen in der Presse erscheinen,  
auch schon Berlin erfaßt haben kann. Kaum jemals zuvor  
war ein Eisenbahnerstreik verhängnisvoller als augenblick-  
lich, und gerade deshalb mußten alle interessierten Kreise den  
Versuch machen, so schnell wie möglich eine Verständi-  
gung herbeizuführen. Es steht jedenfalls sehr viel auf dem  
Spiele. In erster Linie ist es die Kohlennot, die be-  
kannlich in den letzten Wochen andauernd das Wirtschafts-  
leben bedrohte und besonders die städtischen Kraftwerke zwang,  
mit Betriebseinstellungen zu rechnen. Die Eisenbahndirektio-  
nen waren gezwungen, die knappen Kohlenvorräte der Pri-  
vatindustrie zu beschlagnahmen. Eine Unterbrechung der  
Kohlenzufuhren nach Mitteldeutschland muß also geradezu  
katastrophal wirken. Angesichts dieser Tatsachen ist es be-  
greiflich, daß in der Öffentlichkeit eine große Nervosität aus-  
gebrochen ist und eine lebhafteste Kritik an dem Verhalten der  
Eisenbahner wie auch der Eisenbahnverwaltung ein-  
setzt. Die sich überfüllenden Pressemelungen lassen häufig  
wegen ihrer parteipolitischen Färbung ein klares Urteil nicht  
aufkommen. Einige orientierende Mitteilungen über die Ent-  
wicklung der Bewegung und ihren mutmaßlichen Ausgang  
dürften aus diesem Grunde am Platze sein.

Der Ausgangspunkt ist in dem unbefriedigenden End-  
ergebnis der letzten großen Lohn- und Gehaltsbewegung für  
das Personal der Reichs- und Staatsbetriebe zu suchen. Weder  
die Verhandlungen über die eingereichten Forderungen  
noch das Endergebnis waren geeignet, Beruhigung in  
den Kreisen des Personals zu schaffen. Die Tatsache, daß die  
neue Befolungsordnung den unteren Beamten in der  
Befolungsgruppe I eine jährliche Zulage von nur  
1200 M., den höheren Beamten der Befolungs-  
gruppe XIII dagegen je nach dem Dienstalter 38000 bis  
54000 M. Zulage brachte, machte es den Gewerkschaften  
fast zur Unmöglichkeit, die Bewegung ordnungsgemäß abzu-  
schließen. Nur der Umstand, daß eine sofortige Nachprüfung  
der Befolungsordnung in Aussicht genommen wurde, und  
der Reichstag eine entsprechende Entschliebung annahm, hoff  
über die allergrößten Schwierigkeiten hinweg.

Am 3. Dezember übermittelten dann die Gewerkschaften  
der Reichsregierung neue Forderungen, die als Grundlage  
der Verhandlungen zur Nachprüfung der Befolungsordnung  
dienen sollten. Am 13. Dezember antwortete der Reichs-  
finanzminister in einem Schreiben, daß er nicht nur  
die Forderungen, sondern auch Verhandlungen darüber ab-  
lehne. Der Wortlaut des Schreibens war außerdem so her-  
ausfordernd, daß die Erregung unter dem Personal beunruhig-  
ende Formen annahm. Die Reichsregierung glaubte die  
wachsende Erregung dadurch eindämmen zu können, daß sie  
durch das Reichsfinanzministerium telegraphisch anordnen  
ließ, den Beamten der Ortsklassen A und B, soweit sie ver-  
heiratet sind und einen Antrag stellen, sei das Familiengeld  
im voraus zu zahlen. Diese Verordnung, die ohne Befragen  
der Gewerkschaften zustande kam, hat das Gegenteil  
von dem bewirkt, was sie erreichen wollte. Die Erregung  
unter den ledigen Beamten und den Arbeitern der Orts-  
klassen A und B und ferner unter dem Personal der unberück-  
sichtigt gelassenen Ortsklassen C, D und E wurde jetzt er-  
heblich verschärft. Dazu kam die Aenderung des Reichs-  
einkommensteuergesetzes, das den Steuerzahlern  
bis zu 24000 M. Jahreseinkommen so gut wie gar keine Er-  
leichterungen, dagegen den Beamten der höheren Befolungs-  
gruppen ganz fühlbare Einkommensverbesserungen brachte.  
Diese Verbesserungen betragen bei einem Einkommen von  
100000 M., das in der Befolungsgruppe XIII erreicht wird,  
rund 17000 M. Diese wenigen Zahlen wirken geradezu  
aufreizend; denn dem höheren Beamten wird an Steuer-  
ersparnis jährlich sozial gewährt wie dem Diätar an Gesamt-  
einkommen. Aus diesen Ursachen erwuchs die Stimmung für  
die Streikbewegung, die bald hier bald da aufflammte, ohne  
indes zunächst greifbare Gestalt anzunehmen.

Den Gewerkschaften waren die Vorgänge, welche  
die Gefahr der wilden Streiks in die Nähe rückte, bekannt und  
sie hielten es deshalb für ihre Pflicht, die verantwortlichen  
Instanzen des Reichs eingehend zu informieren. Sie ver-  
langten außerdem ein Entgegenkommen in der Weise, daß  
ein angemessener Vorschuh noch vor Weihnach-  
ten gezahlt würde. Soweit die Eisenbahner in

Betracht kamen, verhielt sich das Reichsverkehrsministerium  
ablehnend, obwohl ein Vertreter des Reichsfinanz-  
ministeriums bei einer Aussprache mit den Vertretern der  
Eisenbahnerverbände am 22. Dezember erklärte, die einzelnen  
Reffortminister seien davon verständigt worden, daß sie, falls  
sich Komplikationen ergeben, mit dem Personal eine Regelung  
treffen können. Daraufhin fanden am 23. und 24. Dezember  
Besprechungen zwischen Vertretern des Eisenbahnerpersonals,  
vor allem des Deutschen Eisenbahnerverbandes, mit dem  
Reichsverkehrsminister Groener statt. Bei dieser Gelegen-  
heit mußte ein, aus dem Industriegebiet zurückgekehrter  
höherer Beamter des Ministeriums zugeben, daß beispiels-  
weise die Löhne der Eisenbahnarbeiter in keinem Verhältnis  
zu den Löhnen der Privatindustrie stehen und eine Regelung  
sofort erfolgen müsse. Den Hinweis, daß nach den Weih-  
nachtsfeiertagen mit einem Streik zu rechnen sei, wenn eine  
ausreichende Hilfe nicht erfolge, glaubte Minister Groener  
mit der Bemerkung abtun zu können, daß die Situation nicht  
so ernst sei, wie sie von den Gewerkschaftsvertretern hingestellt  
werde. So urteilte der Minister, obwohl aus dem Bezirk  
Eibersfeld bereits ein Telegramm der Bezirksleitung des Deut-  
schen Eisenbahnerverbandes vorlag, daß der Streik  
nicht mehr aufzuhalten sei und Vertreter des Vor-  
standes sofort erscheinen müßten.

Zum Grund dieser Sachlage reisten in der Nacht vom  
26. zum 27. Dezember drei Vertreter des Vorstandes nach  
Eibersfeld, um sich an Ort und Stelle zu informieren und, falls  
der Streik nicht mehr aufzuhalten sei, ihn in geordnete  
Bahnen zu lenken. Das ist geschehen.

Die vorstehende Darstellung beweist, daß die Verantwor-  
tung für den jetzt ausgebrochenen Streik und seine Folgen  
dem Reichsverkehrsministerium sowie der Reichsregierung  
zufällt. Festschleßt man werden, daß der Streik durch eine  
angemessene Vorschuhzahlung, die die Reichskasse nicht erheb-  
lich belastet hätte, zu verhindern gewesen wäre. Jetzt ist der  
Stein ins Rollen gekommen; denn was sich im Westen  
Deutschlands ereignet, ist anscheinend nur der Anfang einer  
lawinenartig sich fortplantzenden Streikbewegung. Auch in  
Berlin machen sich immer mehr Anzeichen dafür bemerk-  
bar, daß der Streikgedanke an Boden gewinnt.

Wenn auch bei einem Streik, der als das letzte Mittel  
wirtschaftlicher Kämpfe zur Anwendung kommt, niemals der  
Ausgang vorausgesetzt werden kann, so darf aber doch be-  
hauptet werden, daß im Augenblick ein tagelanger Eisen-  
bahnerstreik katastrophale Folgen hätte und beigelegt werden  
muß. Ob das Reichsverkehrsministerium, das sich zur Stunde  
noch ablehnend verhält, durch hartnäckige Ablehnung der For-  
derungen den Eisenbahnbetrieb wieder in Gang bringen  
kann, ist zu bezweifeln. Bleibt also nur der Weg der  
Verständigung mit dem Personal bzw. der Organi-  
sation, und je früher dieser beschritten wird, um so eher ist  
mit einer baldigen Beilegung der Differenzen zu rechnen.

### Die Ausdehnung des Streiks.

Die Streikwelle im Eisenbahnverkehr hat nun auch Berlin  
erreicht und wenn nicht in letzter Stunde noch eine Verständigung  
mit den maßgebenden Stellen erfolgt, wird sie sich mit aller Macht  
über die Reichshauptstadt und ihre Umgebung ergießen.

Gestern Abend tagte eine Funktionärversammlung  
des Deutschen Eisenbahnerverbandes für den Bezirk Groß-Berlin.  
Einmütig erklärte sich die Versammlung für den Streik, doch  
sollen die leitenden Körperschaften der Organisation noch über die  
Einzelheiten beschließen. Von den Rednern wurde hervorgehoben,  
daß man sich mit den im Rheinland und den angrenzenden Landes-  
teilen streikenden Kameraden solidarisch erklären müsse. Gröner  
und Hermes hätten den Ernst der Stunde wohl unterschätzt. Beim  
Schluß der Redaktion tagten die leitenden Körperschaften noch. Der  
Streik dürfte schon heute Abend beim Schichtwechsel eintreten.

Köln, Eibersfeld, Offen, Wiesbaden, Kassel!

Köln, 29. Dezember. (WZB.) Der Deutsche Eisenbahner-  
verband hat den Streik für Köln-Ort auf Donnerstag nachmittag  
2 Uhr und für Köln-Bezirk auf abends 10 Uhr ausgerufen.  
Die Arbeiter in Köln-Ort sind gestern nachmittag 2 Uhr daraufhin  
in den Ausland getreten. Es ist bisher gelungen, den Personenver-  
kehr im allgemeinen abzuwickeln, doch sind im Güterverkehr bereits  
erhebliche Behinderungen eingetreten.

Köln, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine Bezirks-  
konferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Direktionsbezirk  
Köln nahm heute noch einmal Stellung zu dem Ultimatum an die  
Regierung. Die Versammlung beschloß, nach kurzer Beratung unver-  
züglich in den Streik zu treten. Für die entstehenden wirt-  
schaftlichen Schäden lehnt der Deutsche Eisenbahnerver-  
band jede Verantwortung ab, da der Regierung genügend Zeit ge-  
geben war, den Forderungen nachzukommen. Die Ortsverwaltung  
Köln des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärte um 2 Uhr den  
Streik. Es folgten die übrigen größeren Knotenpunkte des  
Direktionsbezirks: Krefeld, Wachen, Neuf, Koblenz usw.  
Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission haben seitge-  
funden. Die Kommission hat sich bis jetzt der Bewegung nicht feind-  
lich gegenübergestellt. Es ist zu erwarten, daß, wenn man ihrem  
Wunsche auf Befriedigung des Transportes für die Besatzungstruppen  
nachkommt, die neutrale Haltung beibehalten wird. Weitere Ver-  
handlungen mit der Interalliierten Kommission schweben noch.

Die kritischen Gewerkschaften haben Donnerstag Abend  
eine Erklärung erlassen, in der sie die Mitglieder ihrer Organisation  
auffordern, jede Streikbeteiligung abzulehnen. Der Streik wird als  
wird bezeichnet; gegen den Deutschen Eisenbahnerverband werden  
Vorwürfe erhoben.

In dem Aufruf ist jedoch weiter gesagt, die Erregung des  
Personals über die lange Verzögerung der Verhandlungen sei ver-  
ständlich. Bei der Gefahr einer Verschleppung der sofort nach den  
Feiertagen ausgenommenen Verhandlungen oder bei nicht genügen-

## Die Deutschen vor der Reparationskommission.

Paris, 29. Dezember. (WZB.) Die Reparationskommission hat  
heute Abend folgende Mitteilung ausgegeben: Die Reparations-  
kommission hat heute nachmittag 4 Uhr, wie bereits angekündigt  
wurde, die Vertreter der deutschen Regierung, Staatssekretär  
Fischer, Ministerialdirektor Trendelenburg und Regierungs-  
rat v. Derken, empfangen. Die deutschen Delegierten richteten  
an die Reparationskommission die Frage, ob sie es für nötig halte,  
eine sofortige Antwort auf den Brief vom 16. Dezember 1921 zu  
erhalten. Die Kommission antwortete, daß die deutsche Re-  
gierung allein über die Zweckmäßigkeit zu entscheiden  
hätte, die es für sie haben könne, auf den Brief der Reparations-  
kommission vom 16. Dezember sofort oder später zu antworten. Je-  
doch könne die Forderung auf Zahlungsausschub, die  
von der deutschen Regierung in ihrem Briefe vom 14. Dezember ge-  
stellt worden sei, von der Reparationskommission  
nicht geprüft werden, bevor sie nicht die in ihrem Briefe vom  
16. Dezember angegebenen näheren Auskünfte erhalten habe.  
Die deutschen Delegierten haben alsdann die Reparationskommission,  
die weiteren Verhandlungen bis morgen oder übermorgen aufzu-  
schieben.

### Die Pariser Finanzkonferenz.

Paris, 29. Dezember. (WZB.) Am Donnerstagsabend trafen die  
englischen Industriellen und Finanziers in Paris ein, die am Frei-  
tag mit den französischen Industriellen Besprechungen abhalten  
sollen. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß der Präsident des Ver-

waltungsrats des Credit Lyonnais, Bethenod, sowie der Direktor der  
Credit-Verke, Schneider, an den Besprechungen teilnehmen werden.  
Ferner verlautet, daß außerdem auch belgische und italieni-  
sche Vertreter an den Besprechungen teilnehmen sollen.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Express“ erzählt, daß die  
englischen Finanziers und Bankiers die Schaffung eines inter-  
nationalen Finanzkonföderations beantragen werden, das sein Kapital in allen Ländern aufbringen soll. Der Haupt-  
zweck dieses Konföderations soll sein, dem Handel aller Staaten  
Europas neuen Aufschwung zu bringen. Das Unternehmen  
würde Aufträge aus allen Ländern entgegennehmen und sie unter  
den verschiedenen Staaten zur Ausführung verteilen. Einer eng-  
lischen Nachrichtenagentur zufolge würden die heute in Paris ein-  
getroffenen Finanzleute nicht als Sachverständige auf der künftigen  
Wirtschaftskonferenz fungieren. Sie werden wahrscheinlich nichts  
anderes empfehlen, als daß gewissen Unternehmungen Kredit in  
großem Umfang gewährt werde.

### Das Schicksal der Deutschen Werke.

Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird,  
nimmt die Botschafterkonferenz in ihrer Entscheidung über die  
Deutschen Werke von einer Zerstörung Abstand. Sie verlangt lediglich einen weiteren Umbau und eine  
eigens eingerichtete Kontrolle der Fabrikation.

dem Entgegenkommen sei die Gewerkschaft gewillt, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, auch mit dem Streik, den Forderungen Geltung zu verschaffen.

Düsseldorf, 29. Dezember. (W.T.B.) Die dem Deutschen Eisenbahnerverband angehörenden Eisenbahnarbeiter haben beschlossen, heute früh 6 Uhr in den Streik zu treten. Die Besatzungsbehörde in Düsseldorf hat befohlen, daß die Arbeit weiter fortgesetzt wird. Die in anderen Verbänden organisierten Arbeiter scheinen gewillt zu sein, diesem Befehl zu entsprechen. Heute liefen noch sämtliche Züge von Köln, Essen und den anderen Städten, mit Ausnahme von Eberfeld, fahrplanmäßig ein.

Düsseldorf, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag morgen wird nicht nur der Streik in den Direktionsbezirken Köln, Eberfeld und Essen beginnen, sondern auch die Bezirke Münster und Kassel werden in den Streik einbezogen. Für das neu besetzte Gebiet, also die Strecke Düsseldorf-Duisburg hat der Militär-Befehlshaber auf Grund einer alten Verordnung, die den Streik für lebenswichtige Betriebe verbietet, den Ausstand untersagt. Im übrigen besetzten Gebiet wird der Streik jedoch reiflos durchgeführt werden. Im gesamten unbesetzten Teile des Direktionsbezirks Eberfeld ruht bereits seit Donnerstagabend der Personen- und Güterverkehr vollständig. Es heißt, daß sich im Direktionsbezirk Eberfeld die Beamten dem Streik anschließen werden. Nach Mitteilungen des Eisenbahndirektionsbezirks Eberfeld sollen bereits Sabotageakte vorgekommen sein. Inzwischen wurden vier hundert Maschinen als Wagnis ausgedient, weiter wurden die Stellwerke durch technische Notfälle besetzt. Die ersten Folgen des Eisenbahnstreikes sind vorläufig in der Anhäufung der Güter auf den Abfertigungsstellen und der Post zu sehen. Die wirtschaftlichen Schäden werden sich erst in einigen Tagen bemerkbar machen.

Essen, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Essen, haben sich am Donnerstag in einer stark besuchten Versammlung einstimmig dafür ausgesprochen, am Freitag früh 6 Uhr in den Streik zu treten. In einzelnen Betriebswerkstätten haben sich auch die christlich organisierten Arbeiter für den Streik erklärt. Die Beamten erklärten, strengste Neutralität zu üben und keinerlei Streikarbeit zu verrichten. Die Bezirksleitung des DEVB. Essen teilt den Eisenbahnern den Befehl der Funktionäre in folgendem Aufsatze mit:

„Werde Kollegen! Auf das von den Funktionären des Deutschen Eisenbahnerverbandes der Bezirke Essen, Köln und Eberfeld eingereichte Ultimatum ist von der Reichsregierung folgende Antwort eingegangen:

An die Präsidenten der Eisenbahndirektionen . . .  
Das Reichsministerium hat heute entschieden, daß die unter Streikdrohung gestellten Forderungen nicht bewilligt werden können! Kollegen! Mit diesem Beschluß hat das Reichsministerium dem DEVB. den schärfsten Kampf angelegt! Wir sind fest entschlossen, nimmer mit aller Schärfe den Kampf für unsere berechtigten Forderungen aufzunehmen. Der ursprünglich für Freitag um 6 Uhr angesetzte Streik tritt wie beschlossen ein. Alle in Betracht kommenden Funktionäre der Bezirke und der Nachbarbezirke sind verständigt. Unser Streik ist militärisch einwilliger, sondern ein, von der Zentrale des Deutschen Eisenbahnerverbandes proklamierter Streik, es müssen auch sofort alle bei Streiks üblichen Maßnahmen getroffen werden. Dazu gehört in erster Linie, daß sofort mit der Aufstellung von Streikposten bei allen Dienststellen begonnen wird. Vertreter sämtlicher Dienststellen müssen sich darum unterzüglich auf ihrer Ortsverwaltung melden. Alle weiteren Anordnungen und Maßnahmen treffen die Ortsverwaltungen.“

### Die Beamten warten ab.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner (Beamtenbund) hatte am Donnerstag nachmittag ihren Vorstand zusammenberufen, um zu der augenblicklichen Lage Stellung zu nehmen. Sie hat auf der einen Seite sowohl aus Breslau als auch aus Köln und Eberfeld Anfragen der dortigen Ortsbezirke erhalten, in denen eine endgültige Entscheidung gefordert wird. Die Reichsgewerkschaft hat nach mehrstündigen Beratungen zunächst beschlossen, den Eisenbahnstreik nicht zentral auszurufen, sondern eine abwartende Haltung einzunehmen. Sie hat am Donnerstagabend drei ihrer Vorstandsmitglieder nach Köln, Essen und Eberfeld entsandt, um dort genaue Informationen einzuziehen.

## Das Schreibmaschinenbureau.

Von Richard.

„Geflügelte Hand.“ Bureau für Schreibmaschinenarbeiten, Rand unten an der Tür auf schwarzumrandetem Porzellan Schild.  
Ich läutete.  
Leutlos öffnete sich die Tür, und ich stand im Bureau. Es war völlig schwarz tapeziert. Die Fensterläden waren geschlossen. Auf einem Schreibtisch brannte eine grüne elektrische Lampe.  
Ein äußerst schwindelhafter Herr, der sich in dem grünen Lichte wie ein längst Gestorbener ausnahm, trat, hohl hufend, auf mich zu. Seine Lunge zuckte. Aus seinem Munde troch fast körperlich wie eine qualige Kasse sauliger Atem.  
„Sie wünschen?“ flüsterte der Schwindelhafter.  
„Ich möchte jemandem diktieren. Haben Sie Angestellte, die Sie mir empfehlen können?“  
Der Schwindelhafter schüttelte den Kopf.  
„Ich habe keine Angestellten.“  
„Und die geflügelte Hand?“  
— bla bla selbst...  
Er vernarrte sich zerkonnt.  
„Ich sah unwillkürlich auf seine Hände; sie waren zart und schlank wie die Hände von Frauen. Sie allein schienen noch vom Blut durchwühlt, das bis zum Kopf nur noch in spärlichen Fasern und Adern, gelangte.“  
Es war eine furchtbare Situation. Unleugbare Sympathien jagten mir, zu diesem Vermessenden, dessen Gegenwart mich dennoch peinlich drückte.  
„Ich möchte Ihnen mein... Leben diktieren.“ sagte ich zögernd.  
„Nachschreibgraphisch. Werden Sie folgen können? Ich bin noch jung. Ich stehe lebend in allen Flammen. Selbst meine Ruhe raft. Sehen Sie meine Augen! Sie prüfen die Dinge tausendstrahlig wie mit den Armen eines Polypen. Keine Fäuste zerschmettern die Sterne und die Türen, die sich mir nicht öffnen wollen. Ich glaube glücklich, etwas zu gesten. Den Enkeln soll mein Leben noch lebendig sein. Ich werde kurz vor meinem Tode bei Ihnen versprechen und das Manuskript korrigieren. Schreiben Sie! Ich zahle mit meinem Blut...“  
Der Dürre verbeugte sich, und ich ging.

Das Leben wurde bunter mit jedem Tag. Die Jahreszeiten schaukelten wie Schmetterlinge an mir vorbei: Silber, grün, rot und golden. Eine Kette von Frauen schlang sich um meinen Schlaf. Laten würzte ich. Mein Wille wirkte. Bis an den Thron scholl mein Ruhm. Oden bewiesen, daß ich für Ordnung warb. Geld, daß ich galt. Ruhm, daß ich rühmte. Das Volk klopfte den Herren und Heiden, die meinem Geißel entgehrten über die Bühne schwanken, begeistert zu. Schon lasen ehrfürchtig erstarrte Schüler in den Schullehrbüchern meine moralischen Geschichten, meine gött-

## Folgen des Streiks.

Die B.S.-Korrespondenz berichtet: Der Streik hat sich nicht auf den Direktionsbezirk Eberfeld beschränken lassen, sondern hat bereits im Laufe des gestrigen Tages auf das besetzte rheinische Gebiet übergreifen, so daß nimmer mit einer Lahmlegung des gesamten Industriezweigs und der Kohlenreviere gerechnet werden muß. Der Personenverkehr nach dem Westen ist zwar zurzeit — allerdings mit Verspätungen bis fast 4 Stunden — noch im Gange, doch läßt sich voraussehen, daß im Laufe des heutigen Tages die Verbindung mit dem Westen des Reiches gänzlich unterbrochen werden wird. Der Güterverkehr ist jetzt bereits stark eingeschränkt und lediglich die für die Entente vorgesehenen Züge werden noch fahrplanmäßig durchgeführt.

Die bevorstehende Einstellung des Verkehrs ist vor allem durch die Lahmlegung der Betriebswerkstätten bedingt. In den Betriebswerkstätten werden die Lokomotiven für den täglichen Dienst vorbereitet, d. h. sie werden mit Öl und Wasser versehen, auf die Arbeit aller Maschinenteile durchgeprüft und morgens angeheizt. Der Umstand, daß die Arbeiter in den Betriebswerkstätten die Entfernung der Asche und Schlacken aus den Lokomotiven verweigern, macht es den Lokomotivführern und Heizern unmöglich, die Maschinen zur festgesetzten Zeit aus den Schuppen herauszubringen. Ferner ist es durch die Arbeitsniederlegung der Rangierer nicht mehr möglich, die einzelnen Züge zusammenzustellen. Infolgedessen werden die Beamten also in ihrer Tätigkeit berart behindert, daß der Verkehr mit Personenzügen sich nur im allerengsten Rahmen wird aufrechterhalten lassen.

## Die Interalliierte Kommission zum Eisenbahnerstreik.

Essen, 29. Dezember. (W.T.B.) Nach Mitteilungen aus dem besetzten Gebiet hat die Interalliierte Kommission eine Verfügung herausgegeben, daß sämtliche Beamten und Arbeiter auf ihrem Posten zu bleiben haben und ihren Dienst nach wie vor versehen müssen. Der Verkehr im besetzten Gebiet muß voll aufrechterhalten werden.

Hierzu meldet W.T.B. aus Düsseldorf:  
Der hiesige Deutsche Eisenbahnerverband teilt mit: Die Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission sind heute zum Abschluß gelangt. Das Endergebnis war, daß die Delegierten des Deutschen Eisenbahnerverbandes die Erklärung abgaben, daß sie sich unter Protest der Gewalt der Besatzungsbehörde fügen würden. Die Besatzungsbehörde verlangt in den neubesetzten rheinischen Gebieten die Beachtung der Bestimmungen des Besatzungsstatusstandes. Die allbesetzten rheinischen Gebiete werden von dieser Anordnung der Besatzungsbehörde nicht betroffen; dort können die Eisenbahner somit unbehindert in den Streik treten. Die sämtlichen Knotenpunkte des Eisenbahndirektionsbezirks Eberfeld sind völlig stillgelegt, so daß jeder Verkehr unmöglich ist.

Berlin, 29. Dezember. (W.T.B.) Die in der Presse verbreitete Behauptung, der Reichsfinanzminister habe in seinem vom 1. Dezember datierten Schreiben an den Deutschen Beamtenbund jegliche Verhandlungen über eine Erhöhung der Dienstbezüge abgelehnt, ist durchaus unzutreffend. Lediglich die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes und der Spitzenverbände vom 3. Dezember, die einen Mehraufwand von 50—60 Milliarden jährlich bedeuten, wurden als unannehmbar bezeichnet und eine Verhandlung auf dieser Grundlage abgelehnt. Dagegen erklärten sich der Reichsfinanzminister, wie es wörtlich in dem Schreiben heißt, stets bereit, geeignete Vorschläge als Grundlage für Verhandlungen entgegenzunehmen.

## „Einheitsfront“.

Auf dem Pariser Kongress der französischen Kommunisten hat ein jüdischer aus Moskau zurückgekehrter Delegierter der französischen Partei beim Exekutivkomitee der Dritten Internationale, namens Bestel, die neuesten Moskauer Klatsch überbracht. Ein Passus seiner Rede ist, bei aller vielleicht absichtlichen Kürze und Unklarheit gerade dieser Stelle des Verhandlungsberichtes der „Humanité“, besonders interessant:

„Bestel bespricht sodann die durch die Einheitsfront notwendig gewordene neue Politik der Sowjetregierung. Er spricht von der juchenden Krise, die Rußland durchmacht. Die Periode der Weltrevolution ist vorüber.“

Daß die Bolschewiki auf allen Gebieten abzubauen, ist an sich nichts Neues. Auch das Exekutivkomitee der Dritten Internationale hat aus der geänderten Wirtschafts- und inneren Politik die Konsequenzen ziehen und seine Parolen revidieren müssen. Ein st wurde jede Offensivaktion als eine notwendige Etappe des Befreiungskampfes des Proletariats gefeiert, mochte sie noch so aussichtslos gewesen sein und eine Stärkung der Reaktion zur unvermeidlichen Folge haben, jetzt wird der Revisionismus auf das schärfste verurteilt. Ein st müßten — überall — Spaltungen vorgenommen werden, jede Gemeinschaft mit den „Sozialverrättern“ der Zweiten und Wiener Internationale, mit den „Gefellen“ der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale — „Schlummer als die Orgelei!“ sagte Sinowjew in Halle — wurde den europäischen Kommunisten strengstens untersagt, jetzt bittet die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ höflich die Amsterdamer, der drohenden Spaltung der französischen CGT. — gemeinsam — vorzubeugen, „da sie doch nur der Bourgeoisie nützen würde“. Ja, jetzt machen sich sogar die Moskauer Zentralinstanzen die von der K.P.D. bereits vor Wochen lancierten schwindelhaften „Einheitsfront“-Parole zu eigen. Auf dem Moskauer Kongress der russischen Kommunistenpartei wurde folgende von K a m e n e w eingebrachte und von Trotski unterschriebene Resolution angenommen:

„Gegenüber der Offensive des Kapitals ist es notwendig, eine einheitliche kommunistische Front der Arbeiterklasse zu bilden. Daher muß die Internationale nach der Einigung aller Arbeiterklassen streben, einschließlich sogar (1) derjenigen, die gegenwärtig den Dissidentenpartei angehören.“

Unter „Dissidenten-Parteien“ versteht man im Kommunismusjargon alles, was nicht auf die 21 Punkte schwört. Die Einheitsfront der Arbeiterklasse ist in jahrelanger systematischer Minier- und Verleumdungsarbeit von den Moskauern zerstört worden. Erst die Erfolge dieser Zerstörungstaktik haben den Boden für die Offensive des Kapitals vorbereitet. Und nun wollen die Schuldigen an diesem schändlichen Werk die „Einheitsfront“ unter ihrer Führung neu bilden. Allen Mahnungen zum Trotz sind sie von 1918 bis 1921 ihren Irrweg über die Leichen Tausender von Proletariern weiter gegangen. Jetzt sehen sie erschreckt die Folgen ihres Wahnsinns, bringen aber nicht den Mut auf, ihre Fehler zu bekennen, sondern erdreisten sich vielmehr, die übrigen, gesund gebliebenen Teile des Proletariats aufzufordern, ihren revidierten Parolen Gefolgschaft zu leisten! Durch ihren Umgang mit lauter Kullinaturen und Speichelleckern, die bereit sind, jedem Moskauer Befehl blindlings nachzukommen und ihn als die Quintessenz revolutionärer Weisheit zu preisen, sind die bolschewistischen Autokraten offenbar zu der Auffassung gelangt, daß die gesamte internationale Arbeiterbewegung ihnen zu Diensten steht. Die Moskauer Feldwebel kommandieren heute: „Spaltung!!“, morgen: „Einheitsfront!!“ und alles soll stramm stehen und parieren. . .

Marzelle, 29. Dezember. (Antel.) Der kommunistische Parteitag beschäftigte sich heute mit der Tagesfrage, zu der das Zentralkomitee Thesen vorgelegt hatte. Nachmittags erschien der italienische Kommunist Bordiga als Vertreter der Dritten Internationale auf dem Parteitag. Der Kongress begrüßte ihn mit dem Gesang der Internationale. Bordiga hielt eine Ansprache, in der er die russische Revolution feierte und erklärte, daß die russischen Kommunisten wirtschaftlich Konzessionen machen, damit das Land leben könne und die Grundlage für die Kommunisten erhalten bleibe. Sodann beglückwünschte er die französischen Kommunisten zu ihren Erfolgen (?) seit dem Kongress in Tours und ermahnte sie, auf dem Wege der Revolution und der Dritten Internationale fortzufahren. Bordigas Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen.

lichen Gedichte. In den Universitäten begann man Vorlesungen über meine Werke zu halten. Ich olterte zusehends.

Als ich meine letzte Stunde nahen fühlte, begab ich mich mühselig am Stocke dem Auto entsteigend in das Bureau der „Geflügelten Hand“.

Der Dürre empfing mich gemessen lächelnd und heiser hufend. „Die Arbeit, die ich Ihnen aufgab,“ sagte ich und sank mühselig in einen Stuhl.

„Ich habe wenig Arbeit mit Ihnen gehabt. Weniger als ich vermutete. Hier ist das Manuskript.“ Und er reichte mir einen winzigen Zettel, darauf standen diese Worte:

„Er war ein Mensch, nicht weniger, nicht mehr. Er starb, bevor er starb. Möge er leben, nachdem er lebte.“

Ich schrieb, zermalmt von den wenigen Worten: „Siebzig Jahre bin ich alt geworden und schrieb siebzig Bücher: ist dies das Resultat meiner Rechnung? Der Wert meines Lebens?“

Da strich der Dürre mit knochiger Hand über meine Stirn: „Beruhigen Sie sich, bitte, mein Bestes. Willkuren gehen mit einem leeren, weißen Zettel zu Grab. Bleibt nur ein Wort von Ihnen für die Ewigkeit, so leben Sie unsterblich im Liebe des menschlichen Leibes...“

Ich lehnte den kalten Kopf an das Polster des Stuhles: „Was habe ich zu zahlen, bitte?“

Machlos übermüdet fiel ich, weinend wie ein Kind, trostlos erschüttert in den letzten Schlaf.

Ich bemerkte noch, wie der Dürre mir das Herz aus dem Leibe, die Augen aus dem Kopfe schnitt und wieder einträchtig auf seiner Maschine zu klappern begann.

Das neue Arbeitsgesetz und die geistigen Arbeiter. Im Reichsministerium wurde kürzlich von Vertretern der Behörden und der beteiligten Kreise die für die geistigen Arbeiter lebenswichtige Frage erörtert, inwieweit diese dem neuen Arbeitsgesetz unterstellt werden können. Ein Ergebnis der dortigen Beratungen stellt der Entwurf dar, den der Referent des Ministeriums für diese Fragen, Dr. Heinz Potthoff, jetzt in der Zeitschrift „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“ veröffentlicht. Der Potthoffsche Gesetzesvorschlag sieht folgendes vor: „Vereinbarungen, durch die Urheberrechte des Arbeitnehmers an Werken der Literatur und der Tonkunst oder an Werken der bildenden Künste und der Photographie im voraus auf den Arbeitgeber oder auf eine Vereinigung von Arbeitgebern übertragen werden, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur soweit verbindlich, als ihr Inhalt durch Larifizierung vorgeschrieben oder zugelassen ist. — Vereinbarung, die das Recht des Arbeitnehmers, sich als Urheber zu bezeichnen, verkünnen oder sein Urheberrecht ohne angemessene Vergütung übertragen, sind nichtig. — Vereinbarungen, die den Arbeitnehmer im voraus verpflichten, nach der Endigung des Arbeitsverhältnisses Urheberrechte an den früheren Arbeitgeber zu übertragen, sind nur unter den gleichen Bedingungen wie die Vereinbarung eines Wettbewerbsverbotes zulässig. — Vereinbarungen, durch die von den vorsehenden Vorschriften zumungunsten des Arbeit-

nehmers abgemichen wird, sind ungültig.“ Der Vorschlag Potthoffs bezieht sich nicht auf die freischaffenden geistigen Arbeiter, sondern nur auf diejenigen, die als Arbeitnehmer gelten wie Hausdichter eines Theaters, Filmdramaturgen, angestellte Graphiker usw. Für diese ist, so schreibt das Organ des Kartells der Bühnenschriftsteller und Bühnentechniker, der Erzähler und Filmautoren, der Vorschlag brauchbar. Für die freischaffenden ist eine Forderung der Urheberrechte und des Verlagsrechtes vom Reichsjustizministerium zu erwarten, das eine Vorgesprächung mit den Urhebern plant.

Verschönerung eines Architekturdenkmals. In Plauen im Vogtland wird das Rathaus restauriert, außer den Kirchen einer der wenigen Reste der Vergangenheit des Ortes. Die Leitung der Arbeiten hat Stadtbaurat Götte. Er hat den großen Giebel, der die ganze Fassade überspannt, abtragen lassen, da er angeblich „ungenügend konstruiert“ war, und sich entschlossen, die Fassade nebst Freitreppe und Erker in Renaissanceformen zu erneuern. Das Gutachten des sächsischen Landesamts für Denkmalpflege wurde vom Plauer Stadtrat so spät eingeholt, daß es nicht mehr nützen konnte. Die Bürger von Plauen — so schreibt Geh. Rat Cornelius Guritt in der „Stadtbaukunst“ — werden also vor dem Rathaus den Fremden erklären können: „Hier habt ihr einen Bau, wie ihn nach Ansicht unseres Stadtbaurats die Meister von 1505, 1550 oder 1590 hätten gestalten müssen, wenn sie Architekturgeschichte so sorgfältig studiert hätten, wie wir es jetzt tun.“ Guritt fragt, ob der Fehler der Bestimmung der Reichsverfassung, die die Denkmalpflege zur Aufgabe der einzelnen Staaten macht, nicht darin liegt, daß die geistliche Unterlage fehlt, die zur Befragung der Denkmalpflege zwingt.

Die Gefängnisse von San Marco. Die Deffenlichkeit in Venedig beschäftigt sich zurzeit mit der Frage, was aus den berühmten und berühmtesten Gefängnissen von San Marco geschehen soll. Das Ersuchen eines künstlerischen Vereins, in dem Gebäude, das mit dem Dogenpalast durch die „Seufzerbrücke“ verbunden ist, Räume angekauft zu erhalten, hat die Frage in Fluß gebracht. Unter dem Publikum haben sich verschiedene Meinungen herausgebildet: während die einen wünschen, daß man das Werk Antonio da Bonis aus Ehrfurcht vor den geschichtlichen Erinnerungen, die damit verbunden sind, und vor seinem künstlerischen Wert, völlig unberührt lasse, treten andere dafür ein, daß man es im Innern restauriere und einen Konzertsaal daraus schaffe. Eine öffentliche Versammlung hat sich trotz gewichtiger Gegenstände für die Umwandlung des Gebäudes ausgesprochen.

Ein neues „Fort Chabrol“. In dem mackerlich gehaltenen französischen Jagdenführer D r e h e s war es einem Gerichtsvollzieher, der beauftragt war, einen gewissen Dombides zur Räumung seiner Wohnung zu veranlassen, trotz aller Mühe nicht gelungen, seinen Zutritt auszuführen. Er sah sich daher genötigt, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Beim Rohen der heiligen Hermandad eröffnete der harindige Mieter oder sofort aus dem Fenster seiner Wohnung ein Feuer mit dem Erfolg, daß einer der Vollzieher tot auf dem Pfluge blieb. Am nächsten Morgen umzingelte ein größeres Gendarmereikommando das Haus. Aber auch diesmal verweigerte sich der Eingeschlossene so wütend, daß er einen Gendarmen tödlich und einen schwer verwundete. Man entbot deshalb eine Infanterieabteilung mit Maschinengewehren, die ein heftiges Feuer auf das

## Ein republikanischer Richterbund.

Besprechungen, die in jüngster Zeit unter republikanisch gesinnten höheren Justizbeamten gepflogen wurden, haben zur Gründung eines republikanischen Richterbundes geführt. Dieser tritt an die Öffentlichkeit mit folgendem

### Aufruf.

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der deutsche Wiederaufbau — und in dessen Rahmen ein Vertrauensverhältnis des Volkes zur Rechtspflege — nur auf der Grundlage der demokratischen Republik geübt werden kann, haben sich in Berlin Richter und Angehörige verwandter Berufe zu einem republikanischen Richterbund vereinigt. Wir wollen ein freies, unabhängiges Richteramt, das frei vom Ständebüßel, aus innerer Harmonie dem Herzschlag des Volkes, seiner Schaffenden und schöpferischen Schichten folgt. Wir wollen ein unabhängiges Richteramt; auch in dem Sinne, daß der Richter allen kleinlichen, veralteten Methoden der Justizverwaltung entzogen, daß er von untergeordneten Aufgaben völlig entlastet werde, damit er wahrhaft frei seines hohen Berufs wolle und auf den Höhen seiner Wissenschaft sowie der allgemeinen Bildung sich behaupten kann. Wir wollen endlich ein politisch interessiertes Richteramt, das in die Tiefe und in den ganzen Reichtum des Staats-, Volks- und Gesellschaftslebens verständig eindringt, damit wir wider befähigt werden, Männer von umfassendem Geist und politischer Tatkraft, wie einst den Richter Eduard Simon, als Sprecher und Führer der deutschen Nation zu stellen. Wir werden der berechtigten Justizreformbewegung im neuen Staat bereitwillig dienen und werden es an sorgsam durchdachten Anregungen für die Gesetzgebung und Verwaltung nicht fehlen lassen.

Fractionspolitik betreiben wir nicht. Wie der vor kurzem gegründete Republikanische Lehrerbund, so heißen auch wir in unseren Reihen jeden willkommen, der sich rückhaltlos zur demokratischen Republik bekennt. Wir rufen die uns gleichgesinnten Richter, Anwälte, Staatsanwälte und Rechtslehrer in Stadt und Reich zum Beitritt, zur Gründung weiterer Ortsgruppen und zur Kartellbildung mit dem Republikanischen Richterbund in Berlin.

An dieser Stelle, wo das Verlangen der alten, obrigkeitstümlichen Richter gegen rechts oft gerügt worden ist, begrüßen wir den Zusammenschluß republikanisch gesinnter Richter als ersten Versuch, das geschwundene Vertrauen des Volkes zur Justiz wiederherzustellen. Möge die junge Organisation dazu beitragen, die Rechtsprechung aus einem monarchistischen Fremdkörper in ein lebendes Glied des demokratischen Staatsorganismus umzugestalten.

## Ungehorsam gegen die Gesetze.

Die „Kreuz-Zeitung“ lüftet an, daß die Privatseefahrt beachtliche, der Einführung der neuen Handelsflagge Widerstand entgegenzusetzen. Damit macht sich das Blatt, das sonst nicht genug über die „entschwundene Staatsautorität“ jammern kann, direkt zum Helfershelfer absichtlicher Gesetzeswidrigkeiten.

Im übrigen weisen wir auf folgendes hin: Nach § 5 der Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 haben die Kommandanten der Kriegsschiffe die Befolgung der Vorschriften über die Flaggenführung durch die Kauffahrtschiffe zu überwachen. Nach Abschnitt B dieses Paragraphen sind sie insbesondere berechtigt, den Kauffahrtschiffen Handelsflaggen, die den bestehenden Vorschriften nicht entsprechen, wegzunehmen. Außerdem sind die Hafenpolizeibehörden zum Einschreiten gegen das Führen falscher Handelsflaggen verpflichtet.

**Bankrott in Italien.** Die Banca italiana de Scanto, deren Kapital sich auf 315 Millionen Lire beläuft, hat am Donnerstag morgen ihre Schalter geschlossen und ihre Zahlungen eingestellt. Die auch für Finanzkreise überraschende Zahlungseinstellung hat allgemein großes Aufsehen erregt. Die Bank war sehr stark in der Stahlindustrie engagiert. Es besteht einige Aussicht, durch die Bildung eines Konsortiums die Schwierigkeit zu überwinden.

Haus, in dem sich Dombildes verbarrikadiert hatte, eröffnete. Der Belagerte erwiderte die Beschießung nicht minder lebhaft. Das Haus ist in einem engen Gäßchen gelegen, und so haben sich die Angreifer in der Entwicklung ihrer Streitkräfte noch besonders behindert. Da der Widerstand nicht zu brechen war, telegraphierte man — ein Hilfsmittel, das den Persern bei ihrem Angriff auf die Thronstufen nicht zur Verfügung stand — noch Pionieren, um das Haus mit seinem rasenden Infanterie in die Luft zu sprengen.

**Der Segen des kurzen Rockes.** „Die Tatsache, daß die Sterblichkeit unter Frauen geringer ist als unter Männern, ist nach meiner Ansicht dem Umstand zuzuschreiben, daß sie ihre Haut mehr der Luft aussetzen. Kurze Röcke sind für die Gesundheit außerordentlich günstig, und ich wünsche nur, daß die Frauen sie weiter tragen.“ Mit diesen Worten trat ein amerikanischer Arzt Dr. Lawrason Brown auf dem Tuberkulosekongress, den die New Yorker Akademie für Medizin veranstaltete, für den kurzen Rock und den Halsauschnitt in der Damenkleidung ein. Er erklärte, daß diese verhältnismäßig geringe Bekleidung der beste Schutz gegen Tuberkulose sei; er lasse sogar in seinen Heilstätten, die ihm unterstehen, die Frauen Anziehen tragen und habe damit die besten Erfahrungen gemacht.

Sie hat sich eines Besseren besonnen. Die Schule der Duncan in Moskau ist zunächst statt, wie geplant, mit 1000 nur mit 40 Kindern im Alter von 4 bis 10 Jahren eröffnet worden. Die Schule wird vom Staat versorgt; um jedoch die Mittel zur Besserung der dürftigen Verpflegung zu beschaffen, hat Madona ihren angeforderten Beschluss, nie wieder vor einem zahlenden Publikum aufzutreten, aufgegeben und veranstaltet zwei Lanzabende zu stark erhöhten Preisen. Der erste Abend ist Tschaikowski, der zweite Wagner gewidmet.

**Spielplanänderung.** Infolge von Erkrankungen werden im „Neuen Volkstheater“ sowohl am Freitagabend wie am Sonntag nachmittags und am Montagabend „Die Gezeiten“ und „Der verdammte Kreuz“ gegeben. — Das Theater in der Romanendankstraße bleibt am Freitag geschlossen.

**Der Berliner Volkschor (M. d. D. S. V.)** ist zurzeit unter Leitung seines Dirigenten Dr. Jander die Rollenspiele von Bach ein. Männer und Frauen der Arbeiterklasse, die an den im April stattfindenden Kongress teilnehmen wollen und noch keine Notizenliste besitzen, müssen spätestens in den Abend am 6. oder 12. Januar dem Chor beitreten. Die Proben finden Freitag (resp. Montag) abends von 7-9 Uhr in der Aula des Kammersaal-Kongresssaals, Rosenstr. 16, statt. Der Monatsbeitrag für singende Mitglieder beträgt 1 M., für singende 1,50 M. Als singende Mitglieder werden nur Männer und Frauen mit guter und festiger Stimme aufgenommen.

**Gedächtnisfeier.** Für ein Hochhaus in Düsseldorf hat der Eltern-Konvent einen Wettbewerb unter mehreren der hervorragenden deutschen Architekten ausgeschrieben. Das Preisgericht erkannte den ersten Preis Prof. Paul Bonatz in Stuttgart an, den zweiten Prof. Wilhelm Kreis in Düsseldorf, den dritten Prof. Peter Behrens in Berlin.

**Haus Ruder.** der bekannte Schweizer Komponist und langjährige Leiter des Pelleri Konservatoriums, ist 70 Jahre alt, in Locarno gestorben. Er war der Schöpfer zahlreicher musischer und anderer Kunstwerke, die auch in Deutschland nicht zu Unrecht geschätzt wurden.

# Neuerungen auf dem Rechtsgebiet.

## Fortfall der kurzen Freiheitsstrafen. — Erhöhung des unpfändbaren Einkommens.

Das Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen vom 21. Dezember 1921 tritt am 1. Januar in Kraft. Sein Wortlaut ist in Nr. 118 des „Reichsgesetzblattes“ verkündet. Hier seien noch einmal die wichtigsten Neuerungen, die das Gesetz bringt, für den Laien verständlich dargestellt.

### Geldentwertung und Geldstrafenhöhe.

Der Geldentwertung entsprechend werden die Höchstbeträge der Geldstrafen auf das Zehnfache erhöht. Die Mindestbeträge dagegen bleiben bestehen. Der Richter kann also mit der Geldstrafe hinausgehen, er muß es jedoch nicht. Bei Verbrechen und Vergehen beträgt das Maximum der zulässigen Geldstrafe mindestens 100 000 M. Dies gilt jedoch nicht, wenn die angeordnete Geldstrafe in dem mehrfachen eines bestimmten Betrages (z. B. der vom Bestraften hinterzogenen Summe) besteht. Für Uebertretungen beträgt jetzt das Strafmaximum 1500 M. (bisher 150 M.).

Bei der Umwandlung einer nicht beizutreibenden Geldstrafe in Freiheitsstrafe war bisher ein Betrag von 3 bis 15 (bei Uebertretung 1 bis 15) M. einer eintägigen Freiheitsstrafe gleichzusetzen. Jetzt kann ein Tag Freiheitsstrafe für Beträge bis 150 M. eingesetzt werden.

Ein Beispiel möge die Wirkung zeigen: Sollte nach den bisherigen Bestimmungen eine Geldstrafe von 150 M. in Freiheitsstrafe umgewandelt werden, weil der Täter nicht zahlte, so bestand die für den Angeklagten günstigste Umwandlung darin, daß für 15 M. ein Tag Gefängnis (oder Haft) eingesetzt wurde. Bei der Umwandlung kamen also mindestens zehn Tage Freiheitsstrafe heraus. Jetzt kann eine Geldstrafe von 150 M. in einen einzigen Tag Freiheitsstrafe umgewandelt werden.

### Umwandlung kurzer Freiheitsstrafen in Geldstrafen.

Handelt es sich bei der Erhöhung der Geldstrafen um Ueberungen mehr formaler Natur, die dem gesunkenen Marktwert Rechnung tragen, so bestimmt in § 3 das Gesetz grundsätzlich neu, daß an Stelle einer Freiheitsstrafe von weniger als drei Monaten auf Geldstrafe bis zu 150 000 M. zu erkennen ist, wenn der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden kann. Bei der Festsetzung der Geldstrafe sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters zu berücksichtigen. Das Gericht kann dem Täter eine Frist zur Zahlung bewilligen und auch Teilzahlungen gestatten. Dabei kann das Gericht seine Entschließung nachträglich ändern. Die Vollstreckungsbehörde kann dem Verurteilten auch gestatten, eine uneinbringliche Geldstrafe durch freie Arbeit zu tilgen. Ist der Verurteilte ohne sein Verschulden außerstande, die Geldstrafe zu zahlen oder durch freie Arbeit zu tilgen, so kann das Gericht nach Anhörung der Staatsanwaltschaft anordnen, daß die Vollstreckung der Freiheitsstrafe unterbleibt. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn der Verurteilte ohne eigenes Verschulden weder zahlen noch abarbeiten kann (z. B. ein vermögensloser Krüppel). Unterläßt er dies willig, zu zahlen oder abzuarbeiten, so muß er die Freiheitsstrafe abtun.

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1922 in Kraft. Doch können der Wohlthat der Bestimmungen über Umwandlung kurzfristiger Freiheitsstrafen in Geldstrafen auch solche Personen teilhaftig werden, die bereits vordem zu Freiheitsstrafen von weniger als drei Monaten

verurteilt worden sind, aber die Strafe noch nicht oder noch nicht ganz verbüßt haben.

### Welcher Lohnteil kann gepfändet werden?

Durch zwei unter dem 23. Dezember 1921 vollzogene Gesetze (Gesetz betr. Änderung der Verordnung über Lohnpfändung und Gesetz über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen) erfahren die bestehenden Pfändungsbeschränkungen eine wesentliche Erweiterung. Während dem Lohnangestellten bisher, je nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein unterhaltsberechtigter Angehöriger, jährlich 5000 bzw. 4000 M. und von dem überschüssenden Betrage für seine Person ein Fünftel und für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen ein Zehntel bis höchstens sechs Zehntel und keinesfalls mehr als 9000 M. (bzw. 6000 M. bei einem nichtunterhaltspflichtigen Schuldner) verblieben, sind in Zukunft 12 000 M. schlechthin und von dem Mehrbetrage ein Drittel und bei Vorhandensein unterhaltsberechtigter Angehöriger für jeden derselben ein Sechstel bis höchstens insgesamt zwei Drittel der Pfändung entzogen. Die bisherigen absoluten Höchstgrenzen fallen fort; bei Lohn-einkommen von mehr als 50 000 M. tritt allerdings infolgedessen eine Beschränkung ein, als dem Schuldner von dem diese Summe übersteigenden Teil seines Einkommens ohne Rücksicht auf seine Unterhaltspflichten immer nur ein Drittel verbleibt.

### Einige Beispiele.

**Erstes Beispiel:** Der Arbeiter A. hat ein Lohnneinkommen von 10 000 M. Ihm kann von seinem Lohn überhaupt nichts gepfändet werden, da er unter der Mindestgrenze von 12 000 M. bleibt.

**Zweites Beispiel:** Der Arbeiter B. hat ein Lohnneinkommen von 18 000 M. Für die Lohnpfändung kommen jetzt in Betracht 6000 M. (der 12 000 M. überschüssende Teil). B. bleibt von diesen 6000 M. gepfändet wird, hängt von den Familienverhältnissen des B. ab. Ist er alleinstehender Junggeselle, so ist ihm nur ein Drittel des überschüssenden Betrages, d. i. 2000 M., zu belassen. Er behält also 12 000 + 2000 = 14 000 M., 4000 M. werden gepfändet. Hat B. dagegen eine unterhaltsberechtigten Ehefrau, so verbleibt ihm für diese ein weiteres Sechstel von 6000 M., also 1000 M., es werden nur 3000 M. gepfändet. Für ein unterhaltspflichtiges Kind verbleiben ebenfalls 1000 M., ein zweites Kind würde dagegen nicht mehr berücksichtigt werden, da sonst die Zweidrittelgrenze (4000 M.) überschritten wird.

**Drittes Beispiel:** Der Angestellte C., verheiratet und Vater von vier Kindern, hat 80 000 M. Einkommen. Ihm kann gepfändet werden: Von den ersten 12 000 M. nichts, von dem Betrag zwischen 12 000 und 50 000 M. ein Drittel, d. i. 12 666 M., von dem 50 000 M. überschüssenden Einkommen ein Drittel (30 000 M.) dagegen zwei Drittel, d. i. 20 000 M., insgesamt also 32 666 M.

### Die Pfändbarkeit des Beamtengehalts.

Bei den Beamtengehältern ist die absolute Pfändungsgrenze ebenfalls auf 12 000 M. erhöht. Von dem diese Summe übersteigenden Betrage sind nach wie vor zwei Drittel pfändbar. Ferner sind wie bisher die Leveragezulagen und außerdem nunmehr auch die Kinderbeihilfen der Pfändung entzogen.

Das Gesetz über die Lohnpfändung tritt am 1. Januar, das über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen am Tage der unmittelbar bevorstehenden Verkündung im „Reichsgesetzblatt“ in Kraft.

## Notruf aus Georgien.

In Tiflis wird der nachfolgende, von der menschewistischen Arbeiterpartei stammende Aufruf von Hand verbreitet. In Verfolg der im Aufruf erwähnten Angelegenheiten sind einige hundert Arbeiter menschewistischer Richtung von der georgischen Sowjetregierung verhaftet worden. Die kommunistischen Zeitungen verlangen noch schärferes Vorgehen gegen die Arbeiteropposition.

### Genossen und Bürger!

Am 24. Oktober 1921, nachmittags 1 Uhr, hat die Arbeiterdelegation im Namen der Arbeiter von Tiflis dem Revkom Georgiens ein mit 5122 Arbeiterunterschriften versehenes Memorandum vorgelegt. In diesem Memorandum war die gegenwärtige schwierige Lage Georgiens beschrieben. Um aus dieser Lage einen Ausweg zu schaffen, verlangten die Tifliser Arbeiter vom Revkom folgende Maßnahmen:

1. Die Wiederherstellung der unterjochten Rechte des selbständigen Georgiens.
2. Schutz der georgischen Sprache.
3. Die Evaluation der russischen Armeen und Wiederherstellung der georgischen Armee.
4. Wiederherstellung der Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung, der Wahlen, der Unantastbarkeit der Person und der Wohnung.
5. Verbesserung des materiellen Wohls der Arbeiter, damit das langsame Verhungern der Arbeiter und deren Familien vermieden wird.
6. Einstellung der Entlassung und Ausquartierung der Arbeiter und Beseitigung der Ueberhandnahme der nicht georgischen Arbeiter.
7. Aufhebung der Strafdetachementen in den georgischen Dörfern.
8. Amnestierung der aus politischen Gründen Verhafteten oder Geflüchteten.

Nach einer zweistündigen Verhandlung hat der Vorsitzende des georgischen Revkoms Mdivani die Vertreter der georgischen Arbeiterpartei verhaftet, in besondere Keller eingesperrt und gegen sie äußerst scharfe Repressionsmaßnahmen unternommen. Genossen und Bürger, die Tifliser Arbeiterklasse macht euch von dieser beispiellosen abscheulichen Vergewaltigung Mitteilung, die nicht einmal unter dem furchtbaren Censurmerregime Stoppins und Plehows vorgekommen ist. Diese Vergewaltigung ist in Tiflis durch das Haupt der ausländischen Okkupationsstruppen, dem Revkom von Georgien, an den Vertretern der Kämpfer für die Freiheit, der Delegation der Tifliser Arbeiter, verübt worden, auf deren gerechte Forderungen es mit derartigen Censurmerregnissen erwidert hat.

Genossen, die ganze Welt soll diese abscheuliche Grausamkeit der Kommunisten erfahren und die in das Fell des „Kommunismus“ verleideten Henker kennen lernen. Möge in der Geschichte unserer Revolutionsbewegung und in der Erinnerung der georgischen Volkes die Verhaftung der Arbeiterdelegation am 24. Oktober 1921 durch das Revkom „Georgiens“ für immer verzeichnet werden.

Die Politik der Sowjetkommissare in Georgien trägt weniger den Stempel der proletarischen Diktatur als den des tiefelchastesten Militarismus. Es ist verständlich, wenn Sowjetrussen einen gewissen Einfluß auf das Kaufmannsgebiet, als dem Eingangstor nach Asien, zu erhalten wünscht. Indem es sich aber diesen Einfluß durch die Methoden

unbessener Gewalt zu sichern sucht, beschreitet es den Weg, den die ehemalige osmanische Regierung in Armenien vergebens beschritt. Diese Mißwirtschaft der Konstantinopeler in nationalen Fragen hat den Zerkerungsprozess in der Türkei beschleunigt. Es wäre interessant zu erfahren, ob die Sowjetregierung die Methoden ihrer Kommisare in Georgien bedt.

## Rußlands Reformprogramm.

Moskau, 23. Dezember. (DC-Funkspruch.) In der Sitzung vom 27. Dezember sah die 9. Allrussische Rätekonferenz unter Billigung der neuen Wirtschaftspolitik eine Reihe von Beschlüssen, die einen Ausbau dieser Politik verlangen. Gleichzeitig betonte der Kongress jedoch, daß die Interessen der Sowjetrepublik gewahrt werden müssen. Laut Kongressbeschluss sollen die Staatsausgaben eingeschränkt werden. Die Arbeitspflicht der Bauern soll zweckmäßiger gestaltet und der Landwirtschaft die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt werden wie der Industrie. Die Entlastung der Genossenschaften wird begünstigt, der Handelsverkehr mit dem Ausland erleichtert. Die staatliche Industrie muß auf die Grundlage der kaufmännischen Betriebsführung gestellt werden. Der Selbständigkeit der Provinzen ist ein weiterer Spielraum zu lassen. Das persönliche Eigentumsrecht der Bürger der Sowjetrepublik ist gesetzlich sicherzustellen.

Die Sowjetregierung hat eine umfangreiche Liste von Behörden und staatlichen Anstalten veröffentlicht, die nicht mehr von der Zentralregierung, sondern von den lokalen Sowjets finanziert werden sollen, darunter die gesamte Kommunalverwaltung, ein beträchtlicher Teil der Wohlfahrts- und Bildungsanstalten und die Organe zur Hebung der Landwirtschaft. Gleichzeitig ist den lokalen Sowjetorganen das Recht verliehen worden, Zuschüsse zu den staatlichen Steuern und besondere Ortssteuern zu erheben; u. a. können Gebäude, Wohnungen, Vieh, Wagen, Gemüse- und Obstgärten besteuert, verschiedene Lizenzgebühren und eine lokale Ein- und Ausfuhrabgabe für Waren erhoben werden. Die Sowjetpresse bemerkt hierzu, diese Reform werde angesichts der Dürftigkeit der lokalen Finanzen einen Abbau der nicht direkt lebenswichtigen Zweige der bisherigen staatlichen Kulturtätigkeit zur Folge haben.

**Leutnant Krull unter Diebstahlsanklage.** Der amtliche Breukische Pressedienst meldet: Die Nachricht einiger Blätter von der Entlassung des Leutnants Krull ist zutreffend. Der Untersuchungsrichter hat auf Grund des Ergebnisses der Voruntersuchung die Entlassung des seit Ende Mai d. J. in Haft befindlichen Angeklagten angeordnet und die Staatsanwaltschaft hat der Entlassung zugestimmt. Das Verfahren wegen Diebstahls wird weitergeführt.

**General v. Wandel an der Grippe gestorben.** Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Bonn ist General v. Wandel, der frühere Gouverneur von Aftin und früherer stellvertretender Kriegsminister, an der Grippe gestorben.

**Der niederösterreichische Landtag beschloß einstimmig die Trennung der Stadt Wien von dem Land Niederösterreich.** Die Stadt Wien hatte bisher acht Zehntel der Steuern für das Land Niederösterreich aufbringen müssen.

**Die Ausruhung der Sowjetrepublik in Puebla wird von der mexikanischen Gesellschaft in Berlin als Fallung meldung bezeichnet.**

# Gewerkschaftsbewegung

## Das Gewerkschaftsproblem.

Die Gewerkschaften haben nach der Revolution eine ungewöhnliche große Mitgliederzunahme erfahren, die zunächst nur einen ziffernmäßigen Gewinn bedeutete und zwar so lange, bis es gelungen ist, die neu gewonnenen Mitglieder mit den gewerkschaftlichen Aufgaben vertraut zu machen, wie mit der sich aus jahrzehntelangen Erfahrungen ergebenden Taktik der Gewerkschaften in den Lohnkämpfen. Dazu fehlte und fehlt solange die Zeit, solange die Verhältnisse eine Lohnbewegung nach der anderen erfordern, trotz aller Tarifverträge. In dieser Situation gelang es vielfach, daß bisher unorganisierte und in gewerkschaftlichen Dingen gänzlich unerfahrene neue Mitglieder, die mit einiger Dringlichkeit blühendes Drauflosgehen proklamierten, den Beifall und die Zustimmung der Mehrzahl der Reulinge fanden, während alle nennenswerten Vorstellungen der erfahrenen Gewerkschaftsführer als Beiseitertrei hingestellt wurden und an der Stimmung wirkungslos abprallten. Die Folge war eine ganze Reihe überflüssiger und erfolgloser Streiks, die der Organisation große finanzielle Opfer auferlegten und alle Gebote der gewerkschaftlichen Erfahrungen mißachteten. Hinzu kommt die kommunistische Agitation, die tagtäglich auf „Aktionen“ um jeden Preis ausgeht, um die „Revolutionsfront“ in Fluß zu bringen und die kommunistische Partei zu befehlen. Inzwischen haben sich die Dinge allerdings schon wesentlich geändert, da man vielfach durch Schaden klug wurde. Dennoch sind nur allzu häufig noch wilde Streiks zu verzeichnen oder sonstige Aktionen, die von den Belegschaften einzelner Betriebe unternommen werden unter Umgehung der Gewerkschaftsorganisation.

Die Entwicklung des Legitärbeiterverbandes ist in gewisser Beziehung typisch. In der Zeit vom 30. November 1920 bis Ende dieses Jahres hat der Verband 113 283 Mitglieder, wovon 63 350 weibliche, gewonnen. Dieser Zuwachs erreicht nahezu die Mitgliederzahl im Jahre 1913. Während vor dem Kriege die Organisation das Hauptgewicht auf die Agitation, die Werbetätigkeit für den Verband legte, handelt es sich nunmehr darum, die neugewonnenen Mitglieder zu schulen. Das Verbandsorgan „Der Legitärbeiter“ wirft in seiner Jahresbetrachtung die Frage auf:

„Sind diese neugewonnenen Mitglieder denn alle von dieser Ueberzeugungstreu und diesem echten Kampfesgeist erfüllt? Diese Frage müssen wir uns vorlegen, wenn wir auf die Entwicklung unseres Verbandes zurückblicken und uns dabei fragen, haben wir in dem vergangenen Jahre in der Erziehung unserer Mitglieder zu disziplinierten Gewerkschaftlern, zu Klassenkämpfern und zu Sozialisten alles das getan, was notwendig war?“

Das wäre hier wie in anderen Verbänden geschehen, wenn dazu die nötige Zeit und Gelegenheit gegeben wäre. Wenn es nicht geschehen ist, so deshalb, weil das ganze Jahr mit Tarifverhandlungen ausgefüllt wurde, die Funktionäre alle Hände voll damit zu tun hatten, die Verhandlungen zu führen.

„Das ganze Verbandsleben drehte sich um den Tariflohn. Ein Großteil mehr oder weniger war wichtiger als alles andere. Es ist dies auch sehr leicht begreiflich. Die Tagesfrage tritt gegenüber allen anderen zuerst in Erscheinung. Zudem kam, daß jeder Tarifabschluß, noch ehe die Urte der Unterschrift unter ihnen trocken war, von der fortgesetzten Preissteigerung bereits wieder überholt war. Diese ausgeübte Tätigkeit war nicht nur dringend notwendig, sondern sie war auch das vorwärtstreibende Element des Verbandes. In ihr liegt auch das Geheimnis des gewaltigen Fortschritts unserer Organisation in den letzten Jahren. Die Arbeitermassen wurden durch die Not der Zeit in die Organisation gedrängt. Dabei ist das rein materielle dem ideellen Streben gegenüber nur allzu sehr in den Vordergrund getreten. Die ideelle geistige Vertiefung fehlt zweifellos. Dieser Mangel muß ausgeglichen werden. Gerade das ideelle geistige Streben, das die Arbeiterschaft beherrscht, hat der Arbeiterbewegung die unbesiegbare Kraft verliehen. Was hier fehlt, läßt sich nicht durch schöne Programme und Satzungen ergänzen, sondern die Massen müssen hierzu erzogen werden. Gewiß, der stetige Kampf selbst ist hierfür der beste Lehrmeister; er kann es aber nur erst dann werden, wenn belehrend in jeder Weise nachgeholfen wird. Die Massen sollen nicht allein gefühlsmäßig, sondern vornehmlich den Lehren der gewerkschaftlichen Disziplin sich unterordnen und ihre Pflicht als aktive tätige Gewerkschaftler erfüllen. Sie müssen dazu erzogen und angeregt werden, an dem gewerkschaftlichen und politischen Leben lebhaften Anteil zu nehmen.“

Auf diesem Gebiet haben wir im neuen Jahr eine ungeheure Arbeit zu leisten. Diese Arbeit darf nicht länger mehr brach liegen bleiben, wenn die Organisation vor Schaden bewahrt bleiben soll.“

Das gilt mehr oder weniger für alle Gewerkschaften. An den Verhältnissen liegt es, wenn bisher — wo es am meisten notwendig war — die Gewerkschaften auf diesem Gebiete nicht mehr tun konnten. Hoffentlich bleibt fortan mehr Zeit dazu.

### Neue Verhandlungen mit den Kraftröschleubeherrern.

Gestern fanden im Polizeipräsidium und im Rathaus wiederum Verhandlungen mit den Unternehmern und den Fahrern im Kraftröschleugewerbe statt, um die Aufnahme der Betriebe von den Unternehmern auf gütlichem Wege zu erreichen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wurde in einer Versammlung der Kraftröschleuführer im Gewerkschaftshaus berichtet.

Sachmündlich schied der Berichterstatter voraus, daß einer der größeren Unternehmer versucht habe, die Straßendemonstration

der Kraftröschleuführer ins Scherzliche zu ziehen durch die Behauptung, es hätten gar keine Fahrer daran teilgenommen. (Ohl-Rufe.) Die Fahrerhaft werde die Antwort darauf zur passenden Zeit geben.

Becker berichtete dann über die Verhandlung im Polizeipräsidium. Dort sei nach einem Telefongespräch mit Oberbürgermeister Böß beschloffen worden, im Rathaus weiter zu verhandeln. Der Polizeipräsident habe als seinen Vertreter Herrn v. Zedlitz mitgehen lassen. Oberbürgermeister Böß habe den anwesenden Vertretern der Unternehmer nochmals erklärt, daß der Magistrat angeht, die Finanznot der Stadt von der Fahrerhaft nicht absehen könne, die nach gründlicher Prüfung als gerecht anerkannt worden sei. Die Vertreter der Fahrer forderten die sofortige Deckung der Betriebe und machten darauf aufmerksam, daß die Unternehmer dafür regreßpflichtig gemacht werden müßten, wenn infolge ihres Verhaltens die Entlassenen Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen gezwungen sind. Ferner protestierten die Vertreter dagegen, daß bisher noch nicht auf Grund der bestehenden Vorschriften gegen die Unternehmer eingegriffen worden sei.

Von den Vertretern der Unternehmer wurde schließlich erklärt, daß letztere heute in einer Versammlung sich über die Deckung ihrer Betriebe schlüssig machen würden.

In der folgenden Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Unternehmer vielleicht versuchen würden, sich durch das Angebot niedriger Löhne schadlos zu halten. Damit dürften sie aber schon aus dem Grunde kein „Glück“ haben, weil die Forderungen der Fahrer bereits von der Behörde in die erhöhte Lage eingerechnet wurden.

Die nächste Versammlung findet am Montag, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Vor der planlosen Zuanwanderung nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird von dem Präsidenten des Reichsanwalts für Arbeitsvermittlung auf Grund der neuerdings gemachten Beobachtungen gewarnt. Nach einer Feststellung des Landesarbeitsamts Westfalen und Lippe hat der Zustrom ungelagerter Arbeiter für den Bergbau und die Industrie Rheinland-Westfalens aus den abgetretenen Gebieten, dem Osten und vielen Bezirken Deutschlands einen sehr großen Umfang angenommen. In den meisten Fällen irren sie arbeitslos umher und müssen nach langem vergeblichen Suchen in ihre Heimatgemeinde zurückkehren. Infolge der Ueberbesetzung der Betriebe mit ungelerten Arbeitskräften gelingt es den zugereisten Personen nur gelegentlich, von den Arbeiterannahmestellen der Zechen eingestellt zu werden. Einzelne Landesarbeitsämter warnen deshalb mit Recht die Arbeitsuchenden vor planloser Zureise nach Rheinland-Westfalen.

Ein Gesamtssekretariat der Arbeitgeberverbände von Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden wird begründet, mit der Aufgabe, die Interessen der Vereinigungen wahrzunehmen in allen Fragen, die das Internationale Arbeitsamt und die internationale Organisation der industriellen Arbeitgeber betreffen. Als Sitz des Sekretariats wurde Kopenhagen gewählt.

Verband der Schneider- und Schneidwarenarbeiter. Sonntag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, im Hofenballei Hof, Rosenkühl Str. 11/12, Monatsfest der Branche 12, Reichsbetriebe und Reichsvereinigungen. Höhe des Tagesessens. Erscheinen unbedingt Pflicht! — Die Branchenzeitung.

# Wirtschaft

## Krupp-Arbeiter gegen Gewinnbeteiligung.

Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Vertrauensleute, Betriebsräte sowie Betriebsvertreter der Firma Krupp nahmen, wie uns ein eigener Drahtbericht aus Essen medelt, in einer Versammlung Stellung zu der Frage „Sozialisierung oder Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft?“ Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Ganz abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer auf Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung einer schweren Schädigung der gesamten Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs zu einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Anzahl Leute nun ebenfalls als Teilunternehmer anzusehen sind. Dadurch werden Interessengegensätze geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen. Das Solidaritätsgefühl, welches wir für die arbeitenden Klassen unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Klach, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer bedeutenden Wirtschaftlichkeit innehaben müssen, noch mehr gefährden. Wir müssen daher, gemäß unserem Pflichtgefühl und in Erwägung der schweren Schädigung, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeitnehmerschaft entsteht, die von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entschieden abraten.“

In der Versammlung wurde noch festgestellt, daß eine vorherige Aussprache vor der Beratung seitens der Firma mit der geschlichen Vertretung der Arbeiter und Angestellten nicht stattgefunden hat. Die Vertreter wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

## Deutsche und französische Handelsstatistik.

In der französischen Presse findet sich in letzter Zeit im Zusammenhang mit Erörterungen über das Reparationsproblem eine Polemik gegen die deutsche Ausfuhrhandelsstatistik, die gegenüber der französischen Einfuhrhandelsstatistik erhebliche Unstimmigkeiten aufweise. Die Zahlen der französischen Einfuhr aus Deutschland sind nämlich bedeutend größer als die

Zahlen der deutschen Ausfuhr nach Frankreich. Dennoch ist der Vorwurf der französischen Presse, als ob hier eine deutsche Fälschung vorläge, unberechtigt. In sich erscheint zunächst, wie die BPH, von unrichtiger Seite hören, in jeder Ausfuhrhandelsstatistik ein Teil der Waren nicht unter dem Bestimmungslande, weil sie unterwegs irgendwie umgeleitet werden, ferner ist bei der Einfuhr zu beachten, daß dabei das Ursprungsland, aus dem die Ware kommt, auch nicht ohne weiteres feststeht. Waren, die z. B. aus Polen und Rußland durch Deutschland nach Frankreich geschickt werden, erscheinen in der französischen Statistik dieselben als Einfuhr aus Deutschland.

Für den Unterschied in den Zahlen der Statistiken der beiden Länder ist aber vor allem ausschlaggebend, daß die deutsche Ausfuhrstatistik die großen Reparationsleistungen nicht enthält, während die französische Einfuhrstatistik sie bucht. Welchen Wertunterschied das in den Zahlenangaben erbringt, erhält am besten aus den Kohlenlieferungen Deutschlands an Frankreich, deren Betrag für 1920 ungefähr 1 365 000 Frank ausmachte, ungefähr die Hälfte der gesamten deutschen Ausfuhr nach Frankreich, nach den französischen Ziffern berechnet.

Als Folge des Debitunterschiedes und der hohen französischen Einfuhrzölle auf die deutschen Waren wird die deutsche Einfuhr nach Frankreich auch viel zu hoch bemerkt. So werden die deutschen Kohlenlieferungen in der französischen Statistik mit 147 Frank für die Tonne berechnet, während in Deutschland die Tonne mit 60 bis 70 Frank berechnet wird.

Schon aus diesen kurzen Angaben erhellt, daß die in der französischen Presse erhobenen Vorwürfe gegen Deutschland hinfällig sind und daß eine wirkliche Aufklärung über den Unterschied in den Zahlen der Handelsstatistik der beiden Länder nur durch einen streng sachlichen Meinungsaustausch erzielt werden kann.

Die amtlichen Devisennotierungen der gestrigen Berliner Börse zeigten die bereits angekündigte Erhöhung. So stieg der Dollar von 182,81 auf 186,51, 100 holl. Gulden erhöhten sich von 6668 auf 6798, 1 Bfd. Sterling von 769,20 auf 781,70, 100 Schweizer Franken von 3585 auf 3631 und 100 franz. Franken von 1478,5 auf 1492. Die Reichsbank für die dritte Dezemberwoche in Zusammenhang gebracht, der ein erneutes Anschwellen der Rotenflut erkennen läßt.

4,8 Milliarden Mark neues Papiergeld, und zwar für 4,4 Milliarden Noten und für 0,25 Milliarden Darlehensscheine hat die Reichsbank in der 3. Dezemberwoche in den Verkehr geben müssen. Die starke Zunahme der Zahlungsmittel ist gegen Jahresende und um Weihnachten eine jährlich wiederkehrende Erscheinung. Der gesamte Umlauf an Noten beträgt somit rund 100, der an Darlehensscheinen annähernd 8 Milliarden, zusammen der Umlauf an Papiergeld 110 Milliarden Mark. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres hat der Betrag der umlaufenden Noten allein sich um fast 42 Milliarden Mark erhöht.

Deutschlands Kohlenförderung. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen betrug die Steinkohlenförderung Deutschlands im November 11,7 Millionen Tonnen, in den ersten 11 Monaten dieses Jahres 124,8 Millionen Tonnen; sie war damit in den 11 Monaten um annähernd 5 Millionen Tonnen größer als im Vorjahre, blieb jedoch hinter der Kriegsförderung um ein Sechstel zurück, wenn man von dieser die Gruben der abgetretenen Gebiete abzieht. Die Braunkohlenförderung, die sich erheblich über die Kriegszeit hält, betrug im November 10,48 Millionen Tonnen und in den ersten 11 Monaten dieses Jahres 111,9 Millionen Tonnen, 10 Millionen Tonnen mehr, als in der gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Eine Million Tonnen Brennstoffe im Ruhrgebiet. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten ist der Bestand an Kohlen, Koks und Brecketts auf den Zechen des Ruhrgebiets in der Weihnachtswache erneut um 85 000 Tonnen angewachsen und hat damit eine Million Tonnen überschritten.

Amerikaner in Deutschland. Die Yale und Towne Manufacturing Company, einer der größten Hersteller von Schloßern und sonstigen Eisenwaren, hat wissen lassen, daß sie in Kürze eine Fabrik in Deutschland eröffnen werde, um sich die dortigen niedrigen Produktionskosten zunutze zu machen und auf diese Weise ihr Auslandsgeschäft zurückzugewinnen, das in der Kriegs- und Nachkriegszeit so gut wie ganz aufgehört habe. In einer Auslassung der Firma selbst heißt es wörtlich: „Eine neuerliche Untersuchung hat gezeigt, daß die Produktionskosten in Deutschland so tief unter denen in den Vereinigten Staaten stehen, daß gegenwärtig auf sehr vielen Exportmärkten für Waren amerikanischer Erzeugung jede Konkurrenz hoffnungslos ist.“ — Der Plan dieser amerikanischen Firma steht nicht allein da. Auch andere Industrien haben sich bereits den Unterschied der Herstellungskosten in Deutschland und in hochproduktiven Ländern zunutze gezogen. So hat die amerikanische National-Registrierkassen-Kompagnie die Erlaubnis erlangt, in Deutschland einen Fabrikbetrieb zu eröffnen. Andere Unternehmungen trugen sich mit ähnlichen Absichten. Die Tendenz zur Ueberwindung der deutschen Produktionsmittel durch ausländisches Kapital, welche in den ausländischen Aktien- und Grundstücksäusen ihren Ausdruck findet, ist gleichfalls zu einem Teil eine Folge dieser Tatsache.

Beachten Sie den Inhalt. Teil: Franz Altk. Berlin-Zürich; für Anzeigen: E. Giese, Berlin, Verlag Germania-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei u. Verlagshaus Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1, Etage 1. Verlag.

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21.

**Kombi-Postkarten-Album**  
mit 5 frankierten Postkarten  
mit eingedruckt. 30 Pf.-Marke **130**

- Kartoffeln ..... 10 Pfund **12 50**  
bei freier Zusendung in Gr.-Berlin Zr. **126 M**
- Grünkohl ..... Pfund **55 Pf.**
- Rosenkohl Pfd. **3 50** Rübchen **1 50**
- Sellerie große Knollen ..... Pfund **2 50**
- Mandarinen ..... **11 M**
- Apfelsinen ..... Stück von **1 20**
- Walnüsse rundköpfige ..... Pfund **12 50**
- Maronen Pfd. **7 M** Feigen Pfd. **15 M**

- Zwiebelleberwurst Pfd. **13 M**
- Rotwurst ..... Pfund **18 M**
- Sülzwurst ..... Pfund **18 M**
- Landleberwurst Pfund **23 M**
- Jagdwurst ..... Pfund **25 M**
- Magerer Speck Pfund **32 M**

- Hirschfleisch Pfd. **9 M**
- Hasen gestreift und ausgeworf. St. **69 M**
- Bleie große ..... Pfund **7 50**
- Karpfen lebende Pfund **15 M an**

- Gänsefleisch Pfd. **15 50**
- Gänsekeule Pfd. **21 M**
- Harzer Käse gute Qualität. (ca. 4 Pfd. Inh.) Kiste **23 50**

- Margarine feine Pfund **23 M**
- Schmalz gar. rein amk. Pfd. **25 M**
- Schichtkäse Stück **8 50**
- Stangenkäse Pfd. **16 M**

- Hammel-Vorderfl. Pfund **12 M**
- Hammelrücken ..... Pfund **14 M**
- Hammelkeule ganz und geteilt Pfund **14 M**
- Suppenfleisch ..... Pfund **13 M**
- Gulasch ..... Pfund **14 M**
- Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch Pfund **14 M**
- Schweinenieren ..... Pfund **14 M**
- Rückenfett u. Liesen Pfund **26 M**

## Frisches Fleisch

Im Erfrischungsraum am Sonnabend von 10 Uhr ab: **Pfannkuchen** mit verschiedenen Füllungen **Dutzend 17 50 29 M**

# A. Wertheim

## Gesellschafts-Schuhe

- Damen-**
- Chromled.-Schuh mit Spanne und Ledblatt **225 M**
- Lackleder-Schuh mit 1 Spanne ..... **275 M**
- Lack-Schnürschuh Goodyear Welt ..... **350 M**
- Lack-Pumps Goodyear Welt ..... **450 M**
- Lack-Schnürschuh Goodyear Welt ..... **495 M**

- Herren-**
- Lack-Schnürschuh **485 M**
- Lack-Schnürschuh Goodyear Welt ..... **560 M**
- Lack-Riem.-Schuh Goodyear Welt ..... **560 M**

# Bei den Berliner Wetterpropheten.

## Wie die Witterung erkundet und berechnet wird.

Alle Tage berichten die Zeitungen, wie sich das Wetter voraussichtlich gestalten wird. In den meisten Fällen treffen diese Prophezeiungen prompt ein und jeder kann so aus dem klaren Wolkens der Wetterkundigen Ruhe ziehen. Im zweiten Hof der Landwirtschaftlichen Hochschule in der Invalidenstrasse haufen die Berliner Wetterweisen vier Stock hoch, ganz nahe bei Petrus. Die Fenster der mit Karten, Akten und Apparaten gefüllten Arbeitsräume sind so klein, daß wohl bei trübem Wetter auch am Tage die Glühbirnen brennen müssen. Der Leiter der Berliner Wetterdienststelle wird von drei wissenschaftlichen Mitarbeitern unterstützt, insgesamt besteht das Personal aus neun Personen.

### Wettermeldung durch Funken.

Dreimal täglich laufen nun Wettermeldungen aus allen Teilen Europas ein. Eine eigene Funkstation, die eine Reichweite von etwa 1000 Kilometer hat und mit einer Wellenlänge von 2400 bis 8000 Metern arbeitet, empfängt von einer großen Zahl europäischer Stationen drahtlose Wetternachrichten. Was ist das für ein Varm im Wellenraum, bevor die Station auf die von ihr gewünschte Sendefrequenz abgestimmt ist! Ein wahres Konzert von Nachrichten braust am Ohr vorüber, bevor z. B. die Verbindung mit dem Eiseturm hergestellt ist. Auch Drahttelegramme treffen von einer großen Zahl von Wetterdienststellen ein. Andere wieder berichten nur an die Schwarz in Hamburg, die ihr Nachrichtenmaterial dreimal täglich durch Sammeltelegramme an alle Wetterstationen übermittelt. Auf Grund dieses umfangreichen Meldedienstes werden dann sofort die Voraussagen bearbeitet.

### Im Apparateraum.

Einige Schritte von den Büroräumen entfernt, liegt der kleine Raum, in dem die meteorologischen Meßinstrumente untergebracht sind, die selbstständig ihre Beobachtungen aufzeichnen, die dann hinausgerufen werden in die ganze Welt. Es sind stille und zuverlässige Arbeiter, sie messen den Luftdruck, stellen Richtung und Geschwindigkeit des Windes fest und zeichnen die Temperaturen auf. Alle diese Beobachtungen werden Jahr um Jahr sorgfältig auf Karten verzeichnet, und so gelingt es, eine gewisse Gesetzmäßigkeit aller dieser Vorgänge herauszufinden. Der Luftdruck wird durch das Quecksilberbarometer gemessen, dessen Hauptbestandteil eine 90 Zentimeter lange Glasröhre ist, auf deren umgedrehtes unteres Ende der Luftdruck einwirkt. Dadurch wird das Steigen und Sinken einer Quecksilbersäule hervorgerufen, die in der Höhe des Meeresspiegels genau 760 Meter lang ist. In höher gelegenen Orten wird sie infolge des verminderten Luftdruckes kürzer. Da die Stationen meist in verschiedenen Höhen liegen, ist eine Umrechnung der jeweiligen Barometerangaben notwendig, bevor sie in die Wetterkarten eingetragen werden. Ein einfaches Hebelsystem, in Verbindung mit einem Uhrwerk, zeichnet die Ergebnisse auf. Zur Kontrolle hängt neben diesem Barometer noch ein einjochiges, bei dem der jeweilige Stand abgelesen werden muß und das in regelmäßigen Zeitabständen mit den Apparaten anderer Stationen verglichen wird. Die Luft strömt aus den Gebieten höheren Luftdruckes in solche niederen Druckes. Daher ist es wesentlich, die Windrichtung zu kennen. Eine besonders gezielte Wetterlehre, die auf Kugellager Luft, betätigt einen kleinen Messingzylinder, in den Kurven hineingeführt sind, in die die Schreibe vorüberfährt, die bei jeder wesentlichen Drehung arbeitet und so die Windrichtung zeichnerisch auf einem Papierzylinder darstellt. Die Windgeschwindigkeit wird durch das Schalenkreuzanemometer gemessen. Zur einer hoch in die Luft ragenden Achse läuft das „Schalenkreuz“, das man mit einem winzigen Windmüller vergleichen kann, und treibt einen kleinen Dynamo. Die Stromstärke läßt alsdann auf die Windgeschwindigkeit schließen.

# Das Dödeli.

Von Jakob Voghrt.

„Ich habe Euch dreihundert Franken angeboten, Schuhmacher. Das hatte ich nicht recht überlegt; die Pfleger finden, es habe bei zweihundertfünfzig zu bleiben, die ich Euch im zweiten Akt antrag. Wir haben den ganzen Handel nochmals überklagen und sind der Meinung geworden, Ihr nehmt Euch nicht so, daß man ein rechtlichschaffenes Zutrouen zu Euch fassen könnte. Es ist Euch mehr um das Geld als um die Person unserer Bürgerin Dödeli Schudel zu tun, das ist uns ein Anstoß, denn wir müssen auch an die Zukunft denken. Das Dödeli ist keine von den Geschicktesten, wir wollen Stroh nicht als Heu ausgeben; aber es ist ein gutes, treues Geschöpf, und es täte uns leid, wenn es in unrechte Hände käme. Wer es zu behandeln weiß, wird in ihm eine rechte Hausmutter heimholen und auch sonst seine Zufriedenheit erleben. Wir bieten Euch dreihundert Franken an Hausrat und zweihundertfünfzig auf die Hand und ein Hochzeitskleid für Dödeli. Ihr könnt nun zugreifen oder abschlagen. Für den Preis finden wir dem Dödeli an jedem Regentag ein Paar Hosen, wenn wir wollen.“

Schuppli biß sich in die Unterlippe und überlegte: „Es ist ihm diesmal ernst. Er wär' imstand, mir noch mehr abzuwickeln.“

„Sagt Euer Ja oder Euer Nein“, drängte der Präsident. „Wenn's nicht anders sein kann, so sei's um dreihundert“, brummte Schuppli.

„Um zweihundertfünfzig! Habt Ihr nicht recht gehört?“ „Also meininetwegen, um zweihundertfünfzig. Und wann bekomme ich das Geld?“

„Das Geld? Nach der Hochzeit, versteht sich.“ „Man könnte mir schon eine Abschlagszahlung...“

„Nichts da von Abschlagszahlung“, murmelte der Präsident. „Ich muß den Ledigen den Thaus ausrichten.“

Der Präsident suchte: „Das ist etwas anderes! Für den Thaus könnt Ihr beim Säckelmeister zwanzig Franken holen, und wenn's Euch sonst eilt, so geht heut' noch zum Zissl. Mit dem Dödeli red' ich selber.“

Dann war es, wie wenn der Präsident in seinen alten Tagen plötzlich nochmals Stimmbruch erfahren sollte; seine Stimme schlug auf einmal ins Tiefere und Saldungsohle um, und er sagte: „Wir sind Euch nun entgegengekommen, Schuppli, wie eine Gemeinde einem Zugereisten nicht alle Tage entgegenkommt. Das ist zu achten. Wir halten Euch für einen geschickten Schuhmacher, dem zu einem schicklichen Leben nur der eigene Tisch und die eigene Bettstatt fehlt. Zeigt nun, daß Ihr unsere gute Meinung verdient, und haltet die Dödeli Schudel wie's Brauch und Recht ist.“ Dann in seinem gewöhnlichen Ton umschlagend: „An Arbeit soll es Euch nicht

### Auf dem Dache.

Trotz der Dunkelheit kletterten wir eine schmale Treppe zum Dach hinauf. Ein hohes Gestell mit einem vieredigen Kasten erregte sofort die Aufmerksamkeit. Seine Wände sind durch dochartige Jalousien gebildet, die dem Sonnenlicht den Zutritt verwehren, während der Wind ungehindert durchwehen kann. In diesem Kasten sind die Thermometer untergebracht. Ein kleines Gestell trägt in senkrechter Anordnung das trockene und das feuchte Thermometer. Die Quecksilberkugel des letzteren wird durch einen im Wasser endenden Docht ständig feucht gehalten. Bei trockener Luft verdunstet das Wasser schnell und senkt dadurch die Temperaturangabe dieses Thermometers. Aus dem Unterschied zwischen diesen beiden Thermometern läßt sich somit die Luftfeuchtigkeit bestimmen. Wogrecht dazu liegen das Minimum- und das Maximumthermometer, deren Quecksilbersäule ein kleines Stahl- oder Glasröhrchen fortbewegt, das dann an der höchsten bzw. niedrigsten Stelle liegen bleibt und so automatisch die höchste und auch die niedrigste Tages-temperatur erkennen läßt. Außerdem zeichnet im Apparateraum ein Thermograph täglich die Temperaturen laufend auf.

Beinahe wären wir in der herrschenden Dunkelheit über einen Regenmesser gestolpert. Das ist ein unscheinbares rundes Gefäß mit scharfem Rand, das Regen, Schnee oder Hagel auffängt, durch einen Trichter in eine kleine Kanne leitet, deren Inhalt alsdann in ein Meßglas gegossen wird, an dessen Millimaterteilung die Niederschlagsmenge bis auf ein Zehntel Millimeter genau abgelesen werden kann. Schnee und Hagel wässern natürlich vor dem Messen geschmolzen werden; es gibt auch Apparate, die die Niederschlagsmengen selbstständig zeichnerisch darstellen.

### Die Verwertung der Ergebnisse.

Alle diese Beobachtungen werden in Verbindung mit den bei der Station eingelaufenen Nachrichten auf vorgezeichnete Landkarten von Europa eingetragen. Da gibt es Karten, die nur den Luftdruck, andere, die nur die Temperaturen verzeichnen. Die wichtigste aber, die alle Ergebnisse enthält, ist die Wetterkarte. Auf ihr sind die Orte gleichen Luftdrucks und gleicher Temperatur durch Linien verbunden, so daß man die Witterungsverhältnisse Europas leicht ablesen kann. Die zunächst von Hand auf die vorgezeichneten Karten gezeichneten Linien werden auf eine Wachsplatte durchgezeichnet oder gedruckt. Die Voraussagen werden im Laufe des Vormittags den Zeitungen übermittelt und seit 1906 bei den Telegraphenämtern öffentlich angeschlagen. Aber auch Privatpersonen beziehen diese Voraussagen, z. B. Landwirte, Brauereien, Filmfabrikanten (um die Lage der Aufnahmen im Freien bestimmen zu können), und auch Gaswerke, die im Sommer große Gasentloftungen betreiben, ferner noch viele andere Berufsweige, die vom Wetter abhängig sind. Der Preis für den vierteljährlichen Bezug dieser Nachrichten beläuft sich auf 3,75 M. (vor dem Kriege 50 Pf.). So zeigt sich der praktische Wert dieser Arbeiten, deren Auswirkung gewiß nicht unterschätzt werden darf.

Seider sind auch die Wetterdienststellen durch die Finanznot in ihrer Existenz bedroht, da die Vorherjagatsgramme, die bisher von der Post zu sehr mäßigen Sätzen befördert wurden, ungeheuer verteuert werden sollen. Hoffentlich ist das Reich in der Lage, die für diesen Dienst notwendigen Mittel auch weiterhin zur Verfügung stellen zu können.

Das Reichensschädigungsamt für Kriegsschäden nimmt seine Tätigkeit am 1. Januar auf. Mit diesem Tage geht das Arbeitsgebiet der Geschäftsstelle zur Errichtung des Reichensschädigungsamts auf das Amt selbst über. Seine Geschäftsräume befinden sich in Berlin W 8, Krausenstr. 88. Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Reichensschädigungsamts ist der Unterhaushaltsekretär A. D. Cronau beauftragt.

# Der Verkehr in der Silvesternacht.

Je mehr sich bei uns wieder normale wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse einstellen, desto mehr befestigen sich auch wieder die alten silvesterlichen Gepflogenheiten. Die Berliner Fahrdienstbeamten, deren Nachdienst seit der Revolution aus sozialen und gesundheitlichen Gründen eingeschränkt worden ist, haben sich bereit erklärt, in der Silvesternacht längeren Dienst zu tun. Infolgedessen können die städtischen Verkehrsmittel den gesteigerten Anforderungen angepaßt werden.

Auf der Hochbahn verkehren an diesem Tage die letzten Züge wie folgt: In der Richtung nach Bilmersdorf, Dahlem um 1.42 Uhr nachts. In der Richtung Charlottenburg um 1.47 Uhr nachts, mit Anschluß nach dem Osten, Warschauer Straße, Schöneberg, Umlandstraße und Westend. Der letzte Zug nach dem Nordring wird um 1.54 Minuten nachts vom Untergrundbahnhof Friedrichstraße abfahren. Im übrigen wird der Zugverkehr dahin verstärkt, daß von etwa 12.30 Minuten nachts ab bis zum Betriebschluß, der um eine halbe Stunde hinausgeschoben ist, auf der Strecke Alexanderplatz—Wittenbergplatz die Zugfolge auf einen Fünfminutenverkehr mit den gewöhnlich bestehenden Anschlüssen zur Durchführung kommt. Auch auf der Hochbahn (Warschauer Straße—Potsdamer Platz) wird der Verkehr soweit verlängert, daß der Zug der Oststraße der Hochbahn, der Anschluß in Gleisdreieck zum Zug ab Bahnhof Friedrichstraße 1.22 Uhr nachts hat, den letzten Anschluß an die Hochbahnstrecke vermittelt.

Auf den wichtigsten Strecken der Straßenbahn wird in den Abendstunden ebenfalls ein verlängerter Betrieb durchgeführt werden. Der Verkehr der letzten Züge auf der Straßenbahn wird sich um etwa eine halbe Stunde in dem Umfang des in früheren Jahren üblichen Silvesternachtsverkehrs verlängern.

Die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen haben bis zur Stunde keinerlei Veränderungen ihres Fahrplans getroffen bzw. bekannt gemacht, so daß dort in der Silvesternacht alles beim alten bleiben wird.

Wenn man allerdings die großen lockenden und vielversprechenden Ankündigungen der weitstädtischen Lokale liest, dann möchte man bezweifeln, daß sehr viele von den letzten Wagen Gebrauch machen werden. Weit mehr dürften die ersten Frühzüge und Wagen des ersten Tages im neuen Jahr benutzt werden.

# Die Diebesfamilie vom Kurfürstendamm.

## Millionenbeute durch Ladendiebstähle.

Die Kunst der gewerbsmäßigen Ladendiebe, die sich schon immer durch gewandtes und sicheres Auftreten auszeichnen, ist jetzt durch die Festnahme einer ganzen Gesellschaft ihrer tätigen Mitglieder verringert worden.

Das Treiben dieser Gesellschaft wurde aufgedeckt infolge eines Diebstahls, bei dem eine Frau Röber und ihre Schwester in einem Spezialgeschäft in der Leipziger Straße ertrappi wurden. Die beiden Kundinnen wurden zunächst wieder entlassen, nachdem man sie als „Demam vom Kurfürstendamm“ festgestellt hatte und weil die Verkäuferin nicht ganz sicher zu sein schien. Am nächsten Tage erschienen in dem Geschäft der Gatte der Frau Röber und einer seiner Schwiegerkinder. Die beiden gaben sich als die Chemänner der beschuldigten Damen aus, erkundigten sich zunächst genauer nach den Vorgängen und spielten die Entrüsteten und Beleidigten, als sie merkten, daß die Verkäuferin sich hätte einschließen lassen und schwankend geworden war. Die beiden Herren, die schwere Pelze trugen, mit Schmutz beladen waren und ihre mit Tausendmarktscheinen gefüllten Portefolios zeigten, verlangten jetzt eine Ehrenerklärung. Von dem Portier erfuhr aber auch die Kriminalpolizei, die der Sache auf den Grund ging. Das gab dann eine überraschende Aufklärung. Es wurde festgestellt, daß das Ehepaar Röber, das jetzt am Kurfürstendamm 141 im zweiten Stock eine glänzend ausgestattete Sechszimmerwohnung innehat, schon früher nicht bloß im Verdacht des Ladendiebstahls gestanden hat, sondern

fehlen. Seit der Nachbar Röggele tot ist, sperren alle Schuhe im Dorf die Mäuler auf; ich weiß nicht, schnappen sie nach Wasser oder brüllen sie nach dem Pechludl.“

Damit schloß er die Sitzung. Nur einer ging mit beschwermtem Herzen nach Hause.

Als der Präsident über den Kirchplatz schritt, erblickte er das Dödeli vor der Türe des Sigristen, wo es Schnee wagschweuerte. „Komm unter Licht zu mir“, rief er ihr gedämpft zu. Sie, die nicht recht verstanden hatte, warf gleich den Besen hin und folgte ihm wie ein Schafchen. Er führte sie in seine Tenne und fragte mit verschmitzten Augen, ob sie den Schuhmacher Schuppli kenne. Ihr Gesicht wurde um die Hälfte breiter, als sie den Namen hörte, und sie fing an, verlegen an ihrer Schürze zu pupfen. Er verfolgte die Wirkung seiner Frage mit Wohlgefallen und forschte weiter: „Was würdest du dazu sagen, Dödeli, wenn man dir einen Mann gäbe?“

„Mir? einen rechten?“ wunderte sie und machte Augen, als wollte sie damit den Präsidenten verschlingen.

„Ja, einen rechten, mit Haar ums ganze Maul herum.“

Run schlug sie die Hände zusammen, zog geräuschvoll die Luft zwischen den Lippen ein und brach dann in ein so glückliches Lachen aus, daß auch dem Präsidenten die Lippen etwas zuckten. Er fuhr mit verstelltem Ernst fort: „Ich weiß nicht, gebe ich dir meinen Knecht, den Joggel, er ist noch nicht einmal sechszig, oder den Kaminfeger Gniggäd. Der hintz zwar etwas, seit er im Löwen das Kamin heruntergefallen ist, hat aber sonst keinen Leibschaden und hält noch lange zusammen.“

Sie verzog das Gesicht.

„Oder wärlt ich dich vielleicht in einen Schuhmacherschurz ein?“

Run lachte sie wieder hell heraus, wie eine Trompete und humpelte im Kreis herum. Er gab ihr einen Klaps auf die Wade und schickte sie nach Hause. „Wenn du aber dem Meister etwas auswachst“, schärfte er ihr ein, „gibt's keinen Mann oder höchstens den Gniggäd.“

An jenem Abend geschah das Seltsame, daß das Dödeli zu singen verfuhrte, vielleicht zum erstenmal in seinem Leben. Es war ein Reim, den es irgend einmal aufgefungen hatte:

„I der Chile ischt en Tritt, wo me d'Veibl zämmegit.“

Rein Lon stimmte zum anderen, aber lustig klang's doch. Auch der Präsident war wohlgefaunt, er durchhörte seine Scherze und piff vor sich hin, was er sonst nur tat, wenn er einen ganz guten Handel abgeschlossen hatte.

In den ersten Tagen des neuen Jahres war Hochzeit in Allingen, der Schuster brachte sein Dödeli unter Dach. Die Braut war ganz hochmütig auf ihren Mann und den neuen Rod. Als die beiden das Dorf hinunter schritten, trachtete es ein paarmal so heftig, daß die Eiszapfen von den Dächern plumpften. Der Präsident hatte seinem Knecht befohlen, Wurzelstöcke zu sprengen, die seit letztem Herbst oben an seinem Haus gelegen hatten. Etwas Pulver schien ihm das Hochzeits-

paar schon wert zu sein, und er wußte, daß er überdies den Sigristen ärgerte, der in der Gemeinde gegen ihn wühlte, seit das Tröttel an einen andern vergeben worden war.

Schuppli führte seine junge Frau in die Rättsche, ein verlottertes Haus, das man ihm um billigen Mietzins überlassen hatte. Schon am zweiten Tag zog schlimmes Wetter in die Rättsche ein. Der Tag hatte sich gut angefangen. In der frühen Klopfe der Schuster so munter auf sein Leder los, daß der Stein auf seinen Knien fast wie eine Glocke klang. Dann aber schoß ihm plötzlich etwas durch den Kopf; er worf Hammer und Stein unter den Bertisch und lief ins Dorf hinauf. Als er wiederkehrte, fuhr er wie ein Donner Schlag ins Haus und auf das Dödeli los. Er hatte beim Säckelmeister das versprochene Bargeld holen wollen und erfahren, daß man es ohne Umwege Röggele's Witwe ausgeliefert hatte. Das war ein Schelmestreich, für den ihm seine Frau herhalten mußte. Den ganzen Tag ging es im Schusterhause zu, wie an einem schwülen Sommertag: Ein Gemitter nach dem andern zog herauf und donnerte sich aus. Eine halbe Stunde klopfte der Schuster sein Leder wie wild oder schlug Nägel in die Sohlen, dann sprang er auf und weiterrte das Tröttel in alle Winkel und Ecken hinein. Am Abend trug er die zusammengesuchte Arbeit ins Kundenhaus, ließ sich den Lohn auszahlen und beschloß den Tag im „Freihof“, wo er auf den Präsidenten losklopfte, wie zu Hause auf das Schollleder.

So nahm das Leben in der Rättsche seinen Anfang, und so blieb es. Die Schuhmacherin ließ alles über sich ergehen oder nahm es hin, wie andere Leute Regenwetter oder Frost, als etwas Unabwendbares, zum Leben Gehöriges. Sie war stolz, eine Frau zu heißen, und empfand, daß solche Ehre ein Opier helfe. Es war trotz allem ihre hohe Zeit. Sie sah zu ihrem Manne hinauf und fühlte wahrscheinlich ihr Glend weniger, als es eine andere empfunden hätte. Nur wenn Schuppli seinen Jörn ganz überlaufen ließ und zum Anleeriemern griff, tauerte sie in einen Schlupfwinkel nieder und wimmerte und wehklagte wie ein kleines Kind. Damit führte sie, ohne es zu wollen, immer das Ende des Janes herbei; denn Schuppli war Weibertränen gegenüber machtlos und hätte sich von ihnen aus der Welt jagen lassen. Es gibt so harte Steine, die müde Stellen haben. Eine andere hätte aus dieser Gemütslage ihres Mannes ihren Nutzen gezogen; der Schuhmacherin fiel das nicht einmal ein. Sie meinte nur, wenn sie Grund hätte, und der Grund mußte wenigstens ein geschwungener Anleeriemern sein. Wenn Nachbarinnen sie verhegen wollten, ging sie nicht darauf ein, sondern nahm den Mann in Schutz: „Schuppli ist gäch, aber er mein's nicht schlimm, muß viel Leder klopfen.“ Ließ man diese Worte nicht gelten, so konnte sie böse werden und ihren Mann mit den fröstigsten Ausdrücken verteidigen, die man ihr selber schon angeworfen hatte, und sie belah einen reichen Vorrat. (Schluß folgt.)



**Theater, Lichtspiele usw.**

**Opernhaus**  
Auler Abonnement  
**Aida**  
3 1/4 Uhr

**Schauspielhaus**  
Leonce u. Lena. / Der  
Diener zweier Herren  
7 1/2 Uhr

**Deutsch. Theat.**  
7 1/2 Uhr: Louis Ferdinand  
Prinz von Preußen  
So. 7. Ein Trauerspiel  
**Kammerspiele**  
8: Der Hühnerhof  
So. 8: Der Hühnerhof

**Gr. Schauspielh.**  
(Karlstraße)  
Geschlossen  
Sonnab. z. 1. Male 6 1/2  
Orpheus in d. Unterwelt

**Königgrätz. Str.**  
Morkauer Kinstler-Th  
7: Brüder Karcmasow

**Komödienhaus**  
7.30  
Die Fahrt  
ins Blaue  
Glabner, Richard, Engl.  
Pröckl, Sieda Derburg  
Mittwoch zum 1. Male:  
**Karussell**  
Maria Orska, J. Rie-  
mann, G. Al-zander

**Berliner Theat.**  
Täglich 7.30 Uhr  
**Prinzessin**  
**Olala**  
Fritzi Massary a. G.  
Ralph Arthur Roberts.  
Pepi Zampa, Hb. Kiper

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Das Defektivmadel  
Deutsches Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Die Bohème  
Friedr. Wilhelm Th.  
7 1/2 Uhr: Frauenräuber  
Intimes Theater  
8 U: Die Spinnke  
Lauf doch nicht immer  
nackt herum  
Klein. Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Reigen  
Lustspielhaus  
8 Uhr: Hahnenkampf  
Sittl. Forderung  
Metropol-Theater  
7.30 D. Straßensängerin  
Neues Operetten-Th  
8 Uhr: Königin d. Nacht  
Neues Operettenhaus  
Schönberg, Hauptst. 144  
8 Uhr: Einmal kommt  
die Stunde . . .  
Sig. 3/2: Schneewittchen  
Neues Theater am Zoo

**75 Damen-**  
**Ballett!**  
Vorverkauf  
ununterbrochen

**Theater d. Ostens**  
(Rose-Theater)  
7 1/2 Uhr:  
**Biederleute**  
Vorher:  
D. Mädchen v. Elzondo

**Deutsches Künstler-Th**  
Allabendlich 7 1/2  
**Der heilige Ambrusius**  
(Max Adalbert)  
Sbd. (Suv.) Beginn 1 Uhr

**Casino-Theater**  
Lehring. Str. 37 Tägl. 7 1/2  
D. erlebnisreiche Schläger  
**Der Weg z. Glück**  
Volksstück 1. Aufz. - en  
Volksbühne Preise  
Sig. 3/2: Mart Abenteuer

**FOLIES CAPRICE**  
Linsenstr. 132  
am Oranienburger Tor  
Täglich 9 Uhr:  
Pension Liebeslaube  
Lillya Seitensprünge  
D. unmoral. Wohnung  
Frä. Grünecker, R. Beryl

**Passage-**  
**Theater**  
Unter d. Linden 27/28  
Dir.: M. Söllman  
2-Uraufführungen 2  
**Die Geheimnisse**  
von Berlin  
III. Teil.  
Kosch. Glaser  
Gitterfenster.  
Regie: Max Rad.

**Lachpillen**  
Aufspiel in 3 Akten.  
Sauptrollen:  
Berbert Paulmüller

**ALHAMBRA**  
Varieté  
am  
Moritzpl.  
**Silvester-**  
**Fest-**  
**vorstellung**  
mit  
**Ball**

**METROPOL**  
Bühnenstraße 54  
Sonnabend, den  
31. Dezember  
abends 8 Uhr  
**Berlins**  
**lustigste**  
**Silvesterfeier**  
Tischbestellungen  
rechtzeitl. erbitten

**Russ.-Deutsch. Theater**  
**Der blaue Vogel.**  
Goßstraße 6  
Nollendorf 1613  
Anfang 8 1/2 Uhr  
Vorstellung allabendlich!

**Apollo-Theater** Dir.: Jam. Klein  
Friedrich-  
straße 218  
**Premiere am 1. Januar 1922**  
abends 7 1/2 Uhr  
Die große Varieté-Ausstattungs-Schau:  
**Rund um die Welt!!**  
Die Abenteuer einer Amerikanerin in 11 Bildern.  
1. Das Hochzeitsfest. 2. Im Schlafgemach. 3. Auf Schiff. 4. In  
Hongkong. 5. Im Freudenhaus. 6. Beim Konsul. 7. In Kairo.  
8. In der Wüste. 9. Im Hafen. 10. Die Rückkehr. 11. Schlußbild.  
In den  
Hauptrollen: **Else Berna, Oskar Sabo a. G.**  
Marin Kettner, Fritz Steidl, Alfred Walters, Kurt Nieb-  
wandt, Else Reval, Marion Illing, Dr. Prasco, Friede!  
Cindt, Maria Volzberger usw.  
Auftreten der chinesischen Chung-Hai-Truppe. Wilde  
Dressuren Madame Nadscha usw. 4 große Balletts!  
Effekte! Sensationen!

**Berliner Ratskeller**  
Helarich Falkenberg  
**Weinabteilung Bierabteilung**  
**Große**  
**Silvester-**  
**Feier**  
Eintritt gegen Karten  
zu 10 und 20 Mark  
welche in Zahlung  
genommen werden  
Am Neujahrstage  
**Festdiner**  
das Gedeck 35 Mark  
**Tafelmusik**

**Apollo-**  
**Theater**  
Die letzten Tage  
**Frau**  
**Luna**  
Große Ausstattung  
Operette von  
Paul Lincke  
Der Vorverkauf  
ab 10 Uhr  
ununterbrochen

**Restaurant Ruffhauer**  
Niederhönoweide Berliner Str. 91  
Schönstes u. größtes Cofal d. Oberpree  
Sonnabend, den 31. Dezember 1921:  
: : Großer Silvesterball : :  
Jeden Sonntag: Großer Ball!  
Erstklassige Ballmusik Ausverkauf Bismarck-Bier

**Silvester-Ball**  
der „Viertausend“  
**Rheingold**  
Bellevuestr. 19/20  
in sämtlichen oberen Räumen  
**6 Musikkapellen / Ballett- und**  
**Tanzvorführung. / Luftballon-**  
**Tanz / Gesang, Humor / Belusti-**  
**gungen und Ueberraschungen**  
**aller Art / Bazar / Tombola**  
Anfang 7 Uhr  
Der Festausschuß setzt sich aus ersten  
Künstlern Berlins zusammen, u. a.  
Carola Toelle, Julius Falkenstein,  
Hans Albers, Gustav Matzner u. a. m.  
**Souper nach der Karte**  
Vorverkauf: Ballbureau Rheingold, Nollend  
1830, an allen Theaterkassen A. Wertheim.  
Eintr. M. 28,-, Steuer | Logen! M. 40,- Steuer  
M. 9,50 = M. 29,50 | M. 19,50 = M. 39,50.  
In den Parterre-Räumen Eintritt frei!

Ein jeder liebt die  
**Cobu**  
Locos Pflanzenbutter MARGARINE  
**Bergisch-Märkische Margarine-Werke**  
**F.A.J. Jersstedt A.G.**  
Eberfeld und Berlin-Pichelsdorf.  
Generalvertrieb: Franz Jos. Gfrörer  
BERLIN W50, Ansbacher Str. 50 • Fernspr.: Meinsplatz 4848 u. 12144

**CIRCUS**  
**BUSCH**  
Tgl. 7 1/2, 8 1/2, auch 3 U.  
Heute  
persönliches Auftreten  
**Paula Busch**  
im gewaltigen ind.  
Könige-Schachspiel  
Die Schlange d. Dargo  
als „Mama“, die  
Schlangentänzerin  
an 100 Kilo fesseln  
Vorher: Das große  
Circus-Programm  
Sonnabend 3  
Wiederholung d. bei-  
jung u. alt mit rie-  
gigem Beifall auf-  
genommenen **Wet-  
nachts - Pantom.**  
**Alvin-Gothold**  
**Robinson Crusoe**  
Tgl. 7 1/2, 8 1/2, u. 11 U.

**Heute**  
**letzter Tag**  
**8**  
Persönliches  
Auftreten  
**Silvester-**  
**Schaffer**  
sowie der große  
**Varieté-Spielplan**  
Vorverkauf 11-7

**Billige**  
**Weißweine**  
**Rotweine**  
**Bordeaux**  
**Burgunder**  
**Sekt**  
**Cognac**  
**Punsch**  
**Rum**  
**Arac**  
sowie  
sämtliche in- und  
ausländischen  
**Liköre**  
**Süddeutsches**  
**Weinhaus**  
G. m. b. H.  
Weingroßhandlung  
Hauptgeschäft:  
Leipziger Str. 15  
Tel. Zr. 15102 u. 10920  
2. Geschäft:  
Charlottenstr. 71  
Tel. Zr. 7014  
3. Geschäft:  
Friedrichstr. 64  
4. Geschäft:  
Charlottenburg  
Wilmersdorf, Str. 56  
a. Kurfürstendamm,  
Stpl. 6416  
Verlangen Sie unsere  
neueste Preisliste!

**Café**  
**ORIENT**  
Variété  
Strausberger Platz, 5 Min. v. Alexanderpl.  
Sonnabend, den 31. Dezember 1921:  
**Große Silvesterfeier**  
mit verstärktem Programm u. Orchester  
Überraschungen, Tombola, Preisverteilung usw.

**Admirals-Palast**  
7 1/2 Uhr:  
**Futuristisch. Karneval**  
Die Prinzessin v. Tragani  
im Gespensterreich

**SCALA**  
Sonnab. 3 1/2  
zu halb. Preis.  
4. volle Programm  
Gr. Silvest.-Yag.

**B.T.L.**  
Potsdamer Str. 30  
Die Abenteuerin  
von Monte Carlo  
I. Teil: Die Ge-  
hebe d. Schahs  
m. Ellen Richter  
Taktstr. 12  
**Der Zirkus**  
**des Lebens**  
Gr. Zirkusfilm mit  
Werner Krauss  
Alexanderplatz  
**Der Pass**  
die Tänzerin  
u. der Staatsanwalt  
Friedenau, Rheinst.  
Das Brandmal  
der Liebe

**Metallbetten**  
Stahlmatt. Rinderbett.  
Str. an Weis. Rotal. 31A/1c.  
Stilmöbel, Subl. (Zb. 17)

**Oeffentliche Bekanntmachung**  
Verordnung  
über das Inkrafttreten des Gesetzes über die Einkommensteuer  
vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 845).

Auf Grund des Artikels IV Satz 2 des Gesetzes über die Einkommensteuer vom  
Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 845) wird hiermit bestimmt:  
Die Vorschriften des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom  
11. Juli 1921 treten mit dem 1. Januar 1922 in Kraft, soweit sie nicht schon gemäß  
Artikel IV Satz 1 dieses Gesetzes in Kraft getreten sind.  
Berlin, den 25. November 1921.  
Der Reichsminister der Finanzen  
gez. Dr. Fricke.

I. Das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. Dezember 1921  
beruht auf die gemäß Verordnung vom 25. November 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 1487) mit dem  
1. Januar 1922 in Kraft tretenden Bestimmungen des Gesetzes über die Einkommensteuer  
vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 845) in folgenden wesentlichen die  
Bemerkung des Steuerabganges vom 1. Januar 1922 ab berücksichtigen Punkten:  
Der Absatz 2 des § 46 hat folgende Fassung erhalten: „Der Betrag von 20 v. H.  
des Arbeitslohns ermäßigt sich  
1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau  
a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Kalendermonate um je 20 v. H.  
monatlich,  
b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Kalenderwochen um je 4,80 M.  
wöchentlich,  
c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um je 0,80 M. täglich,  
d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für längere Zeiträume um je 0,50 M. für  
je 2 angefangene oder volle Arbeitshunden;  
2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im  
Sinne des § 17 Abs. 2  
a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Kalendermonate um 30 v. H.  
monatlich,  
b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Kalenderwochen um 7,50 M.  
wöchentlich,  
c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 1,20 M. täglich,  
d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für längere Zeiträume um 0,50 M. für  
je 2 angefangene oder volle Arbeitshunden.  
Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen,  
werden nicht gerechnet.  
3. für Abgeltung der nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zu entrichtenden Beiträge  
a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Kalendermonate um 45 v. H.  
monatlich,  
b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Kalenderwochen um 30,50 M.  
wöchentlich,  
c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 1,50 M. täglich,  
d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für längere Zeiträume um 0,45 M. für  
je 2 angefangene oder volle Arbeitshunden.  
Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zulässig, wenn der Steuer-  
pflichtige nachweist, daß die ihm zu entrichtenden Beiträge im Sinne des § 12 Abs. 1  
Nr. 1 bis 7 den Betrag von 500 M. um mindestens 450 M. übersteigen. Ueber  
den Antrag entscheidet das Finanzamt.“  
II. Soweit Steuerpflichtiger bereits ausgehändigt sind, haben die Arbeitgeber an Stelle der  
auf dem Steuerbuch vermerkten Jahresermäßigung den Steuerabzug nach Maßgabe der  
nach den neuen Bestimmungen sich ergebenden Jahresgesamtermäßigung vorzunehmen.  
Die Steuerzahlung unter 1 läßt sich auf folgende Weise berechnen: Die auf dem  
Steuerbuch vermerkte Jahresgesamtermäßigung ist zu verdoppeln, und danach sind  
weitere 100 M. zuzulegen.  
Drittens ist die Abschreibung für minderjährige, über 17 Jahre alte Kinder mit  
eigenem Arbeitseinkommen bei der Berechnung des Steuerabganges von dem Arbeitslohn des  
Haushaltungsunterhalters zu berücksichtigen.  
Drittens ist die Abschreibung der Ermäßigung für mittellose Angehörige, deren Be-  
schäftigung vom Finanzamt zugelassen ist, gilt das gleiche wie für die Ermäßigung der Er-  
mäßigung für mittellose Angehörige von 190 M. jährlich erhöht sich auf 200 M. jährlich.  
Der nach Berechnung der Ermäßigungen einbehaltene Betrag ist im Falle der  
Zahlung des Arbeitslohns für volle Kalendermonate oder -wochen auf volle Mark nach  
unten, im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage auf volle 50 Pf.  
nach unten, im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für längere Zeiträume auf volle  
10 Pf. nach unten abzurunden.  
C.  
Für den Bezirk des Landesfinanzamts Groß-Berlin tritt mit Wirkung vom  
1. Januar 1922 ferner eine Erhöhung der bisherigen durch Bekanntmachung vom  
15. April 1921 - VIII 1020/21 - festgesetzten Sätze für Natural- und Geldbezüge, soweit  
ke freie Station, freie Wohnung und freie Beschäftigung - dort unter B und C - be-  
treffen, um 50 Proz. ein.  
Für die Depotempfänger auf dem platten Lande werden folgende Sätze festgesetzt:  
A. Wert der freien Station (einkl. freier Wohnung):  
a) bei Ehegatten, Kindern usw. täglich 8,20 M., monatlich 250 M., jährlich 3000 M.  
b) bei Beamten (Inspektoren usw.) täglich 12 M., monatlich 360 M., jährlich 4320 M.  
Die tägliche freie Station wird im Einzelnen wie folgt berechnet:  
zu a) zu b)  
1. freie Wohnung . . . . . 0,50 M. 1,00 M.  
2. Frühstück . . . . . 1,00 „ 1,50 „  
3. Frühstück . . . . . 1,00 „ 1,50 „  
4. Mittagessen . . . . . 2,00 „ 4,50 „  
5. Beipre . . . . . 1,00 „ 1,20 „  
6. Abendbrot . . . . . 1,00 „ 2,40 „  
zusammen wie oben: 4,50 M. 12,00 M.  
B. freie Wohnung:  
1. für Verheiratete täglich 6,70 M., monatlich 210 M. und jährlich 2520 M.  
2. für Unverheiratete täglich 0,40 M., monatlich 12,00 M. und jährlich 144 M.  
C. freie Feuerung:  
1. für Verheiratete jährlich 600 M. - 2. für Unverheiratete jährlich 300 M.  
D. freies Kartoffelland:  
(gedüngt und gepflügt) bei mittlerem Boden der Provinz jährlich 600 M.  
freies Futter für 1 Kuh jährlich 1000 M. Kartoffeln, Junter 100 M.  
freies Sommerweide für 1 Kuh jährlich 400 M. Karto. 50 „  
freies Weide für 200 v. H. Schaf jährlich je 60 M. Getreide, Junter 100 „  
freies Feld- (Flachs) land die Quadratmeter 100 M. Getreide, Junter 100 „  
(14,00 qm) = 2 M. 20 Pf. Getreide, Junter 100 „  
Wagereis 1 „ 25 „

Berlin, den 27. Dezember 1921. Landesfinanzamt Groß-Berlin

